

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark, im Voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Rolf und Jule“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Filmwelt“, „Stadtheute“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Berater“, „Witz in die Bäderwelt“, „Arbeitsrat“ und „Lohn“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend  
3. Dezember 1927  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Konporeille 80 Pfennig, Restmenge 2,- Reichsmark. „Richter Anzeigen“ das selbstdruckte Wort 25 Pfennig (zwei selbstdruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellungsgebühr das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, montags bis 6 1/2, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontofonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Dönhofs 65. Diskontogellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

## Misstrauensvotum gegen den Bürgerblock!

### Die Sozialdemokratie gegen die Regierung.

Der Reichstag setzte gestern die Beratung der sozialdemokratischen Wirtschaftsinterpellation fort.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ein Misstrauensvotum gegen die Regierung des Bürgerblocks eingebracht.

Die Abstimmung über das sozialdemokratische Misstrauensvotum wird am Dienstag erfolgen.

### Wann wird gewählt?

Reichstagsende im Frühjahr wahrscheinlich.

Zwischen dem Vorsitzenden des Strafrechtsausschusses des Reichstages, dem Abg. Dr. Kahl und dem Reichstanzler hat ein Briefwechsel darüber stattgefunden, ob eine baldige Reichstagsauflösung zu erwarten sei. Die Anfrage des Abg. Kahl an den Reichstanzler war durch die Sorge veranlaßt, ob die Strafrechtsreform noch in diesem Reichstag verabschiedet werden könne. Die Antwort des Reichstanzlers enthält u. a. den Satz:

„Das Reichskabinett steht einstimmig auf dem Standpunkt, daß die Reichsregierung alles daran setzen sollte, eine posi-

tive Erledigung des Strafgesetzentwurfs noch in der laufenden Tagung des Reichstages zu erreichen.“

Aus diesem Hinweis auf die Einstimmigkeit im Kabinett könnte geschlossen werden, daß die Reichsregierung einstimmig gegen eine Auflösung des Reichstages sei. Richtig ist aber, daß mehrere Mitglieder des Reichskabinetts immer wieder die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages spätestens im Frühjahr 1928 erörtern. Auch mit Führern der Opposition ist in positivem Sinne über die Auflösung des Reichstages etwa im Frühjahr nächsten Jahres gesprochen worden. Diese Feststellungen sind notwendig, damit nicht durch die Antwort des Reichstanzlers an den Abg. Kahl die Meinung erweckt wird, als sei es nahezu sicher, daß dieser Reichstag sein natürliches Ende finden wird. Selbst wenn aber der Reichstag noch bis zum Herbst nächsten Jahres zusammenbleiben sollte, ist die Verabschiedung des Strafgesetzentwurfes keineswegs gesichert.

Die Sozialdemokratie wird sich durch kein Drängen davon abbringen lassen, diesen für unser Rechtsleben entscheidenden Entwurf sowohl im Ausschuß wie im Plenum des Reichstages gründlich zu beraten. Ob dies in der dem Reichstag noch zur Verfügung stehenden Zeit möglich sein wird, kann man jedenfalls bezweifeln.

## Reichsetat 1928.

### Das Schicksalsbuch des deutschen Volkes.

Das Schicksalsbuch des deutschen Volkes! So benennt der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Popitz in einem vor einiger Zeit veröffentlichten Aufsatz treffend den Reichsetat. In der Tat, aus jeder Seite des dickleibigen Bandes sind die Folgen der verderblichen Taten des Flüchtlings von Doorn herauszulesen, das unheilvolle Wirken der Partei, die sich rühmt, Stütze der Herrschaft dieses Mannes gewesen zu sein, und es gewagt hat, trotz aller gegenteiligen Beteuerungen auf ihrem jüngsten Parteitag als ihr Parteeziel die Befreiung Deutschlands von seiner „wesensfremden Staatsform“ hinzustellen. Trifft das Wort des Staatssekretärs Dr. Popitz schon für alle Etats der Nachkriegszeit zu, so hängt von der Gestaltung des Etats für das kommende Rechnungsjahr 1928 in ganz besonderem Maße Wohl und Wehe des deutschen Volkes ab. Unsichtbar zwar, aber für alle Kundigen deutlich spürbar, reißt sich hinter den leidenschaftslosen Zahlenreihen dieses Etats, auch als eine der Folgen des Krieges, zum erstenmal jene Gewalt empor, die hoffentlich niemals die Möglichkeit erhalten wird, die Macht auszuüben, die sie besitzt.

Wenn der Mann glücklich zu preisen ist, dem die eigenen Taten stets als die richtigen und notwendigen erscheinen, muß Herr Reichsfinanzminister Dr. Köhler ein glücklicher Mann genannt werden. Als er im Februar 1927 den Etat des laufenden Jahres so, wie er von seinem Amtsvorgänger aufgestellt war, übernehmen mußte, konnte er in seiner Einführungsrede die Verhältnisse nicht schwarz genug malen. Für den kommenden Reichsetat trägt er die volle Verantwortung. Selten Handlungen und seiner Regie hat es das deutsche Volk zu danken, daß der Reparationsagent zum erstenmal öffentlich als Warner auf den Plan getreten ist. Herrn Dr. Köhler erscheint heute alles rosenrot, was früher schwarz gewesen war. „Der neue Etat“, so erklärte er vor kurzem öffentlich, „zeigt drei wesentliche Merkmale; erstens schließt er ohne Fehlbetrag ab; zweitens ist keine neue Anleiheermächtigung für 1928 vorgesehen, und drittens zeigt er den festen Willen, die Anleiheermächtigungen der Jahre 1926 und 1927 durch besondere Tilgung zu ermäßigen... Der Reichsetat 1928 ist jedenfalls gesund.“

Um mit dem letzteren zu beginnen, so beträgt der Anleihebedarf der Jahre 1926 und 1927 noch 914 Millionen Mark. Diese 914 Millionen sollen nach einer Bestimmung des Etatsgesetzes um einige 60 Millionen, die, nach Abzug von 190 Millionen, den verbleibenden Rest des Betriebsmittelfonds der Reichshauptkasse darstellen, gekürzt werden, so daß der noch verbleibende Anleihebedarf sich auf 852 Millionen vermindern wird. Für das kommende Rechnungsjahr 1928 ist kein neuer Anleihebedarf geschaffen worden. Darüber hinaus sollen Maßnahmen getroffen werden, daß der Gesamtbetrag der genehmigten außerordentlichen Ausgaben der früheren Jahre nicht vollständig im Jahre 1928 anfällt, sondern auf verschiedene Jahre verteilt wird. Mit solcher Regelung des außerordentlichen Etats ist der Reichsfinanzminister weitgehend den Anregungen entgegengekommen, die der Reparationsagent in dem jüngsten Schriftwechsel mit dem Reichsfinanzministerium gegeben hat. Auch mit den in diesen Spalten immer wieder gerügten Unzulänglichkeiten der Schiffneubauten der Marine in das Extraordinarium zu übernehmen, ist endlich ausgeräumt. Die betreffenden Neubausausgaben finden sich jetzt sämtlich im ordentlichen Etat.

Der Etat für 1928 schließt im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt in Einnahme und Ausgabe ab mit 9502 Millionen (in 1927 9135 Millionen) und zwar entfallen auf den ordentlichen Haushalt 9356 Millionen, auf den außerordentlichen Haushalt 146 Millionen. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts verteilen sich, zusammengefaßt in große Abschnitte, wie folgt:

Steuerüberweisungen an die Länder (1927 = 2892 Millionen)	3217 Millionen
Innere Kriegslasten	209
Außere Kriegslasten (Reparationszahlungen)	1227
Sonstige fortdauernde Ausgaben	4248
Einmalige Ausgaben	452

Zu den Reparationszahlungen aus dem Reichshaushalt von 1227 Millionen, die um 396 Millionen höher sind als in 1927, treten noch für 1928 die Verbindlichkeiten der Deutschen Reichsbahngesellschaft aus deren Schuldverschreibungsdienst mit 660 und der Deutschen Industrie aus dem Dienst der Industrieobligationen mit 300 Millionen, so daß sich für 1928 eine Gesamtbelastung Deutschlands von 2187 Millionen ergibt.

Aus dem Jahre 1927 werden aller Voraussicht nach noch Ueberschüsse in Höhe von 160 Millionen Mark zur Verfügung stehen. In Widerspruch mit der Reichshaushaltsordnung, die bestimmt, daß ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben des ordentlichen Haus-

## Begegnung Briand — Litwinow.

### Die Sowjetdelegierten bleiben deshalb länger in Genf.

V. Sch. Genf, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Wenn auch nicht eine Unterredung Litwinow-Chamberlain, so scheint doch eine Zusammenkunft Briands mit den Russen am Sonntag in Genf bevorzuzuliegen. Paul Boncour hat — aus freien Stücken und ohne jeden offiziellen Auftrag — im Gespräch zwischen Tür und Angel im Völkerbundsekretariat zu Litwinow gesagt, daß es bedauerlich wäre, wenn die russische Delegation so schnell abreisen würde, denn Genf biete immerhin die Möglichkeit zu interessanten Unterhaltungen. Diese rein persönliche Anregung Boncour's scheint auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein, denn es verlautet jetzt bestimmt, daß die russische Delegation erst am Montag vormittag die Rückreise antreten wird. Da Briand am Sonntag vormittag hier eintreffen wird, ist es so gut wie sicher, daß er Litwinow und Lunatscharski sprechen wird. Die russischen Militärs Pugatschew und Behrens sind bereits abgereist.

### Bernstorff gegen Verschleppung.

#### Scharfer Protest im Sicherheitskomitee.

Genf, 2. Dezember.

Das Sicherheitskomitee hat nach Annahme der Vorschläge seines Präsidenten Benesch zur Ernennung der drei Berichterstatter und Einbringung etwaiger weiterer Anregungen zum Arbeitsprogramm seine erste Tagung nachmittags geschlossen. Der weitere Vorschlag Benesch, die nächste Tagung des Sicherheitskomitees auf den 20. Februar 1928 anzusetzen, wobei die zweite Lesung des Abrüstungsausschusses im März nach der Reisetagung beginnen sollte, mußte auf Entgegnen des deutschen Delegierten Grafen Bernstorff fallengelassen werden. Bernstorff erklärte, daß er sich nicht in letzter Minute über die Festsetzung dieser beiden Daten entscheiden könne, und wies nachdrücklich auf die moralische Verpflichtung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses gegenüber der Bundesversammlung hin, eine erste Abrüstungskonferenz auf der Grundlage der gegenwärtig gegebenen Sicherheitsverhältnisse für das nächste Jahr vorzubereiten. Es müsse alles geschehen, um diesen Auftrag zu erfüllen. Sollte dies nicht möglich sein, so müßte auf jeden Fall gegenüber der Weltöffentlichkeit ein sehr guter Grund vorhanden sein.

Es wurde darauf beschlossen, daß das Vorstandsbureau des Sicherheitskomitees die Festsetzung der zweiten Tagung des Komitees vornehmen soll, nachdem der Ausschuß, der morgen vormittag wieder zusammentritt, das Datum für die zweite Lesung bestimmt haben wird.

Als letzter Redner forderte Lord Cushead, daß der Begriff der Sicherheit nicht zu eng gefaßt werde, da er bei den einzelnen Staaten von ganz verschiedenen Faktoren abhängt. Im Gegenteil sei eine möglichst weite Fassung dieses Begriffes zu emp-

fehlen. Neuen Vorschlägen sollte sich das Sicherheitskomitee auf keinen Fall verschließen. Damit war die Aussprache geschlossen.

V. Sch. Genf, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

In der morgigen Schlußsitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission wird das Datum der nächsten Sitzung entschieden werden. Am Morgen tagt die deutsche Delegation, die für ein früheres Zusammentreffen sowohl des Sicherheitskomitees wie der Abrüstungskommission eintritt, wird entsprechend den Vorschlägen von Benesch und von Danon beabsichtigt, das Sicherheitskomitee zum 20. Februar und die Vorbereitende Abrüstungskommission zum 12. März einzuberufen. Von einer weiteren Verschleppung, von der viel die Rede war, wird nicht mehr gesprochen. Infolgedessen ist es möglich, daß die deutsche Delegation sich mit diesen Terminen abfindet, wobei sie allerdings betonen würde, daß sie eine frühere Einberufung beider Ausschüsse für durchaus möglich gehalten hätte.

### Aussprache Frankreich-Italien.

#### Zur Lösung der Spannung.

Aus besonderer Pariser Quelle erhalten wir folgende Nachricht: Die französische Regierung hat beschlossen, Verhandlungen mit der italienischen Regierung zur Herbeiführung einer vollständigen Aussprache zu eröffnen. Gegenstand der Verhandlungen werden in erster Linie das Mittelmeer-Problem und die Niederlassung in Tunis und in Frankreich bilden.

### Frankreich rüstet weiter.

#### Drei Milliarden Mehrkosten!

Paris, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Budget des Kriegsministeriums, mit dessen Diskussion die Kammer begonnen hat, überschreitet die vorjährigen Ausgaben um nahezu 1,5 Milliarden. Dazu kommen weitere 700 Millionen für die Marine sowie 1 Milliarde für den Ausbau derjenigen Kriegsanstalten, die in dem Budget der öffentlichen Arbeiten verfaßt sind, so daß die Ausgaben Frankreichs für seine Rüstungen gegenüber dem Vorjahr um nahezu 3 Milliarden gestiegen sind.

In der Generaldebatte übten die Sozialisten scharfe Kritik. Genosse Roguon beantragte eine wesentliche Herabsetzung der Kredite, besonders die Abschaffung der zweifachen Kavallerie; die bürgerlichen Parteien lehnten diese Anträge ab, ebenso den Antrag der Sozialisten auf Zurückverweisung von Forderungen für größere Reservistenübungen an den Ausschuß. Die Ablehnung erfolgte, nachdem die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 333 gegen 198 Stimmen. Die radikal-sozialistische Fraktion, deren Mitglieder zu einem Teil die Vorlage bekämpften, hatte die Abstimmung freigegeben.

# Zwischenfall im Strafrechtsausschuß.

## Ueberstimmte Bürgerblockparteien reden von Gewalt.

halts zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung zu verwenden ist, werden diese 160 Millionen zur Deckung der Gesamtausgaben des Haushalts 1928 herangezogen, und zwar 125 Millionen beim ordentlichen, 35 Millionen beim außerordentlichen Etat.

Die einzelnen Verwaltungsausgaben scheinen, soweit eine erste Durchprüfung ein Urteil gestattet, nicht erheblich gesenkt worden zu sein. Die Stellung der Sozialdemokratie zum neuen Etat wird indessen nicht dadurch bestimmt, daß Abstriche vorgenommen werden, sondern dadurch, wo und wie gekürzt wird. Von unserer Partei ist stets anerkannt worden, daß die wechselnden Parlamentsmehrheiten und Regierungen bemüht gewesen sind, das Gleichgewicht im Etat aufrechtzuerhalten und damit die Voraussetzung für die Stabilität der Währung zu schaffen. Aber ebenso haben wir niemals Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir die Wege nicht billigen konnten, die man zu diesem Behuf gegangen ist. Auch im neuen Etat ist, wie wir noch später nachweisen werden, das Gleichgewicht in einer Weise hergestellt, die keine Abkehr von der bisherigen Übung bedeutet, sondern im Gegenteil die Besitzlosen auf schärfste belastet, um mit einem Teil dieses Ertrages die Besitzenden zu entlasten.

Die ganze Aufstellung des Etats 1928 ruht auf der Voraussetzung, daß die günstige Wirtschaftskonjunktur anhält. Diese günstige Wirtschaftskonjunktur baut sich auf der Grundlage des inneren Marktes, vor allem des Massenkonsums auf. Während der langen Dauer der Krise ist von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften immer wieder betont worden, daß solche Stärkung der Kaufkraft der Massen das beste und sicherste Mittel zur Behebung der Krise ist. Wenn es allmählich möglich geworden ist, zwei Millionen Erwerbslose in den Arbeitsprozeß einzubeziehen, so bedeutet das Erzeugung eines Mehrwerts von 6 bis 8 Milliarden, die durch Senkung der Generalunkosten und Verbesserung der Technik wohl auf etwa 10 Milliarden erhöht sein werden.

Wäre es bei solcher Sachlage nicht vornehmste und vorrangigste Aufgabe eines Finanzministers, der einen auf bestimmte Wirtschaftskonjunktur zugeschnittenen Etat vorlegt und diesen Etat gesund erhalten will, mit vorsorglicher Hand jeden Stein aus dem Wege zu räumen, der das Fundament seines Etats ins Wanken bringen kann?

Das aber hat Dr. Köhler nicht nur getan, sondern er hat passiv gebüdet, daß sein Fundament unterhöhlt wird. Den von dem Reichsbanpräsidenten Dr. Schacht inszenierten und mit immer größerer Heftigkeit geführten Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen hat er in Seelenruhe sich ausbreiten lassen, obwohl es von Anfang klar war, daß dieser Kampf in seiner Wirkung immer mehr zu einer Untergrabung des deutschen Kredits im Ausland und damit zu einer schweren Gefährdung der gesamten deutschen Wirtschaft werden mußte.

Schon zeigen sich, von den gefesselten Kommunen und der Drofflung der Bautätigkeit ausgehend, auf vielen Gebieten der Wirtschaft Zeichen abflauernden Konjunktur. Seht, wie zu befürchten ist, in den vier Monaten, die uns noch von dem Inkrafttreten des neuen Etats trennen, solche Abschwächung sich fort, wo bleibt dann beim Anschwellen von zwangsläufigen Ausgaben für die gesamte öffentliche Fürsorge und Sinken der Einnahmen das Gleichgewicht des Etats?

Die Sozialdemokratie weiß, daß „das Schicksalsbuch“ im Jahre 1928 und den folgenden Jahren dem deutschen Volk kein sorgenfreies, heiteres Dasein verhießen kann. Trotzdem wird sie energisch und rücksichtslos bei der Ausgestaltung des Etats darauf bestehen, daß die so überaus schweren Lasten gerechter und sozialer als bisher verteilt und daß keine Abstriche gemacht werden bei der Wahrung des kostbarsten Gutes, der Gesundheit und Arbeitskraft des Volkes.

## Reinfall der Grundbesitzer.

### Einnütige Zurückweisung einer Hausbesitzerhege.

Die Reichsregierung fordert die Forderung des Mieterschutzes durch Einführung des Kündigungsrechts an Stelle des bestehenden Klagerechts des Vermieters. Der Reichsrat lehnte die Vorlage insoweit ab, doch die Reichsregierung brachte sie trotzdem unverändert im Reichstag ein. Die Vorlage baut sich auf die bewußte und gewollte Entziehung von zwölf Millionen Mietern auf.

Selbstverständlich hatte die Sozialdemokratie ein berechtigtes Interesse daran, daß die Ländervertreter im Wohnungsausschuß zu Worte kommen, und erzwang dies. Ministerialrat Zieger gab dann im Namen der sächsischen Regierung eine ausführliche Erklärung gegen die Vorlage ab. Auf Antrag des Genossen Lipinski wurde der Wortlaut dieser Erklärung festgestellt und den Mitgliedern des Wohnungsausschusses übergeben. Uebrigens hat auch der Vertreter des preussischen Justizministers Bedenken gegen die Vorlage geltend gemacht.

Die sachliche Erklärung des sächsischen Regierungsvertreters paßte den Hausbesitzern nicht in den Kram. Die „Sächsische Grund- und Hausbesitzerzeitung“ brachte einen gehässigen Angriff gegen Ministerialrat Zieger und die sächsische sozialdemokratische Landtagsfraktion brachte deshalb eine Interpellation im Landtag ein.

Genosse Lipinski benutzte am Freitag im Wohnungsausschuß die Gelegenheit, diese Kampfsmethode anzuprangern. Nicht mit Unrecht folgerte er, daß dieser Artikel nur von einem Mitglied der Wirtschaftspartei, die die Hausbesitzerinteressen im Ausschuß besonders schroff vertritt und mit den Hausbesitzervereinen personell verbunden ist, veranlaßt worden sei. Das ganze Vorgehen zeigt, daß ein Mittel zu schief sei, um ihnen sachlich gegenüberstehende Gegner, auch wenn sie Beamte sind, zu verunglimpfen. In der Aussprache stellte der Berichterstatter Abg. Pätzsch fest, daß Herr Zieger klar, sachlich und wirklich vornehm seine Bedenken vorgetragen habe. Ihm schloß sich der Vertreter der Volkspartei, Winnefeld, an, der den Artikel als politisch roh und als eine Dummheit bezeichnete. Der Wirtschaftsparteiler Dr. Jörriß beschränkte den Artikel geschrieben zu haben, und rückte von dem Artikel ab. Einmütig stellte der Vorsitzende Parischat nach einem Vorschlag des Genossen Lipinski fest:

„Gegenüber den unerhörten Angriffen der „Sächsischen Grund- und Hausbesitzerzeitung“ gegen den sächsischen Ministerialrat Zieger stellt der Ausschuß fest, daß Herr Zieger in durchaus sachlicher, ruhiger Weise die Einwendungen der sächsischen Regierung gegen die Vorlage vorgetragen hat.“

Ob diese Stümpfung den Agenten des Groß-Hauskapitals etwas nützen wird, muß die Zukunft lehren.

In der gestrigen Sitzung des Strafrechtsausschusses berichtete Abg. Emminger über die Beratungen des Unterausschusses, der zur Festlegung der Bestimmungen über den Verlust des Wahl- und Stimmrechts eingesetzt war. Die Arbeiten des Unterausschusses haben wenigstens das Ergebnis gehabt, daß die Anerkennung des Wahl- und Stimmrechts nicht mehr, wie im Regierungsentwurf vorgeschlagen war, bei Beurteilung zu Gefängnis, sondern nur bei Zuchthausstrafe zulässig sein soll. Außerdem schlägt der Unterausschuß vor, daß die oberste Justizverwaltungsbehörde dem Beurteilten die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden oder in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, wieder verleihen kann. Die Vorschläge des Unterausschusses wurden vom Ausschuß selbst mit einer Mehrheit aller bürgerlichen Parteien angenommen.

Alsdann folgte der Strafrechtsausschuß die am Donnerstag begonnene Beratung über die Sicherungsverwahrung fort. Zur Begründung der sozialdemokratischen Anträge führte Genosse Rosenfeld aus: Falls die Mehrheit des Ausschusses die Einrichtung der Sicherungsverwahrung beschließen würde, sei es wenigstens notwendig, die Kategorie der gefährlichen Gewohnheitsverbrecher, gegen welche die Sicherungsverwahrung soll ausgesprochen werden können, so zu beschränken, daß wirklich nur gefährliche Gewohnheitsverbrecher zur Sicherungsverwahrung verurteilt werden könnten. Die Fassung des Regierungsentwurfs gehe zu weit. Es sei zu fordern, daß erst nach fünfmaliger Beurteilung Sicherungsverwahrung angeordnet werden dürfe. Auch müßte im Gesetz genau bestimmt werden, welche strafbaren Handlungen so schwer seien, daß ihre Begehung die Sicherungsverwahrung rechtfertige.

Abg. Raedel (Komm.) schloß sich den sozialdemokratischen Bedenken an und verlangte, daß politische Vergehen und Verbrechen niemals zur Sicherungsverwahrung ausreichen dürften.

Abg. Wegmann (3.) und Ministerialdirektor Bunte erklärten sich zu einer gewissen Berücksichtigung der sozialdemokratischen Wünsche bereit.

Genosse Landsberg wünschte, daß Beurteilte, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet hätten, vor der Sicherungsverwahrung geschützt sein sollten. Man dürfe nicht zu leicht die Unverbesserlichkeit eines Verbrechers annehmen. Neuester Vorschlag bei der Anordnung der Sicherungsverwahrung sei notwendig. Da diese Einrichtung etwas vollständig Neues darstelle, sollten starke Garantien gegen einen Mißbrauch gegeben werden.

Die Abgg. Wunderlich (Sp.), Haas (Dem.), Best (3.) sprachen sich ebenfalls für eine gewisse Einschränkung der Sicherungsverwahrung aus. Genosse Levi forderte, daß zum Schutz vor einer Anwendung der Sicherungsverwahrung bei politischen Delikten das Gesetz ausdrücklich die einzelnen Paragraphen, welche politische Delikte enthielten, aufgenommen werden sollten und daß bestimmt werde, daß bei diesem Paragraphen Sicherungsverwahrung nicht anwendbar sei.

Dann wurde beschlossen, einem Unterausschuß die Weiterberatung der einzelnen Anträge zu überweisen.

Vor der Fortsetzung der sachlichen Beratung gab Vorsitzender Abg. Kahl von einem

### Schriftwechsel mit dem Reichskanzler

Kenntnis.

Abg. Kahl hatte dem Reichskanzler geschrieben, daß durch die vielen unkontrollierbaren Gerüchte über eine baldige Reichstags-

auflösung eine starke Beunruhigung bei den Mitgliedern des Ausschusses entstanden sei, doch unter dieser Stimmung nicht nur die Arbeitsfreudigkeit und Zuversicht der unter größten Zeitopfern unmittelbar Beteiligten litten, sondern daß auch sich die schwere Sorge festzusetzen begonnen habe, daß das Gesetzgebungsmerk nach 25jähriger Vorbereitung scheitern könne. Es sei wünschenswert, daß bald eine Gemüthsheilung darüber geschaffen werde, daß bei den Beratungen über eine Auflösung des Reichstages die Notwendigkeit der Verabschiedung des Strafgesetzes berücksichtigt würde.

Eoeben sei die Antwort des Reichskanzlers eingetroffen, der mitteilte, daß diese Frage im Reichskabinett erörtert worden sei. Die Reichsregierung wolle alles daran setzen, eine positive Erledigung des Strafgesetzes noch in der laufenden Tagung des Reichstages zu erreichen. Die Reichsregierung könne allerdings keine Gewähr dafür übernehmen, daß bei der dauernden Ungewißheit der politischen Lage der Reichstag auch tatsächlich bis zur Erledigung des Strafgesetzes zusammenbleibe.

Bei etwaiger Erörterung und Entscheidung der Frage vorzeitiger Auflösung des Reichstages werde gerade die Behandlung des Strafgesetzes den Gegenstand besonderer Würdigung und Berücksichtigung bilden.

Der Ausschuß beriet alsdann die Frage der Dauer der Unterbringung in Heilanstalten, Arbeitshäusern und Sicherungsanstalten. Genosse Rosenfeld begründete die sozialdemokratischen Anträge auf Abkürzung der Dauer der Unterbringung. Abg. Raedel beantragte die Vernehmung von Sachverständigen darüber, auf welche Dauer die Unterbringung in solchen Anstalten im Interesse der Kranken notwendig sei.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag kam es zu einem Zwischenfall. Eine größere Anzahl von Abgeordneten der bürgerlichen Parteien hatte den Sitzungssaal verlassen, und der kommunistische Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die bürgerlichen Parteien angenommen. Bei diesen entstand infolgedessen eine große Erregung, die allerdings unerschützt war, da sie ja selbst durch Nichtanwesenheit eines Teiles ihrer Vertreter den Vorfall verschuldet hatten. Als dann einige bürgerliche Abgeordnete hinzukamen und die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit nicht mehr vorhanden war, wollten die bürgerlichen Parteien eine neue Abstimmung vorsehen. Unsere Genossen protestierten.

In dem allgemeinen Durcheinander hörte man den Abg. Jasp (D. Sp.) rufen:

**Wir haben doch die Gewalt. Warum wenden wir die Gewalt nicht an? Stimmen wir nochmal ab.**

Genosse Rosenfeld protestierte gegen diese Bemerkungen. Er erklärte, daß unsere Genossen es ablehnen müßten, solchen Drohungen irgendwie nachzugeben. Es sei ein klarer Beschluß des Ausschusses gefaßt, die Sachverständigen zu hören, und dieser Beschluß müsse ausgeführt werden.

Abg. Emminger (Bayer. Sp.) und Schetter (3.) erkannten den sozialdemokratischen Standpunkt an, baten aber, sich damit zu begnügen, daß der doch notwendige Unterausschuß auch die Sachverständigen höre. Damit erklärten sich alle Parteien einverstanden und es wird demgemäß verfahren werden.

Weiterberatung Mittwoch.

# Horthy-Gesandtschaft und Rentenfälschung.

## Sie hat die Rechtmäßigkeit der Rentenfälschung bekundet.

Paris, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Freitag-Abendblätter veröffentlichen den Namen des im Zusammenhang mit der ungarischen Fälschungssaffäre genannten deutschen Rechtsanwalts: es handelte sich um den bereits seit einigen Jahren in Paris ansässigen Münchener Rechtsanwalt Dr. Dieck. Wie wir dazu erfahren, hat dieser tatsächlich eine Zeitsung mit Blumenstein und einigen seiner Helfer in geschäftlichen Beziehungen gestanden. Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung haben die Behauptungen des Dr. Dieck, daß er in gutem Glauben gehandelt habe, nicht zu erschüttern vermocht. Der Untersuchungsrichter hat bisher einen Anklageantrag gegen ihn nicht gestellt.

## Kleine Anekdote.

Einer der bekanntesten Generale des königlich preussischen Heeres ist gestern im Alter von 78 Jahren gestorben. Alfred von Loewenfeld, einstmalig Flügeladjutant des verstorbenen Kaisers, später Kommandierender General des hannoverschen X. Korps, zum Schluß bis 1918 stellvertretender Kommandierender des Gardekorps.

Es bestände keine Veranlassung, ihm einen besonderen Nachruf zu widmen, wenn nicht eine köstliche Anekdote über ihn existierte, die zugleich gegen die Monarchie und für den in Offizierkorps seltenen Witz des Generals Zeugnis ablegt. Als Loewenfeld noch in Hannover Kommandierender war, kam er während eines Manövers mit seinem Stabe zu einem adligen welfischen Rittergutsbesitzer im Quartier. Man weiß, daß Hannover, das Königreich der welfischen Dynastie Cumberland, 1866 von den preussischen Hohenzollern annektiert oder, wie die Welfen nicht ganz ohne Recht sagen, geraubt wurde. Der welfische Legitimist und Rittergutsbesitzer also stand beim Abendessen, als das erste Glas eingegossen war, auf und sprach: „Es ist ein alter Brauch meines Hauses, das erste Glas auf das Wohl seiner Majestät des Königs Ernst August von Hannover zu erheben.“

Bum! Die Augen aller königlich preussischen Offiziere richteten sich auf Loewenfeld. Was wird seine Eggelanz machen? Unter preussischen Offizieren ein Trinkspruch auf den von weiland seiner Majestät Wilhelm dem Ersten entthronten König von Hannover! Unerhör! Aber Loewenfeld erhob sich; seinem Beispiel folgend erhob sich seine Offiziere; man trank auf den König von Hannover! Doch beim zweiten Glas nahm seine Eggelanz das Wort. Er sagte: „Es ist ein alter Brauch meines Hauses, das zweite Glas auf das Wohl seiner Majestät des Kaisers von China zu erheben.“ Der welfische Rittergutsbesitzer, ob er nun wollte oder

nicht, stand auf, die Offiziere standen auf, und man trank auf das Wohl des — Kaisers von China. Gibt es eine treffendere Verullung der Monarchie an sich? Kann eine Parodie schärfer sein? Freilich sind dies Dinge, die der brave und königstreue General nicht geahnt hat!

## Hilfe für die östlichen Grenzgebiete.

### Ein preussischer Antrag zum Reichshaushalt.

Die preussische Staatsregierung hat im Reichsrat den Antrag gestellt, im Haushalt des Reichsministeriums des Innern für das Jahr 1928 bei den einmaligen Ausgaben eine einmalige Beihilfe von 15 Millionen Mark einzustellen, die für die wirtschaftlich und kulturell besonders bedrängten Grenzgebiete des deutschen Ostens bestimmt sein sollen.

In der Begründung des preussischen Antrags heißt es, daß bisher im Haushalt des Reichsministeriums des Innern für das Rechnungsjahr 1928 keinerlei Beträge für die Grenzgebiete eingesetzt worden sind, daß dagegen die durch die neue Grenzziehung in den östlichen Grenzprovinzen entstandenen Schäden nach wie vor fortbestehen. Die Wiedergutmachung sei in erster Reihe Sache des Reiches. Die vom Reich in den Rechnungsjahren 1926 und 1927 zur Verfügung gestellten Mittel hätten zur Heilung auch nur der allerdringendsten Schäden nicht ausgereicht. Die Fortführung der begonnenen Hilfsaktion zur wirtschaftlichen und kulturellen Sicherung und Stärkung der östlichen Grenzprovinzen mache die Bereitstellung eines Betrages zum mindesten in der gleichen Höhe erforderlich, wie er für das Rechnungsjahr 1927 zur Verfügung gestanden habe. In diesem Jahre waren 15 Mill. eingesetzt gewesen.

## Das Moskauer Konzil. Schluß mit dem Trozkismus!

Moskau, 2. Dezember.

Der Kongreß der kommunistischen Partei wird heute abend eröffnet. Ursprünglich sollte der 1. Dezember Eröffnungstag sein, es ist aber, wie fast immer bei den großen Moskauer Tagungen, eine kurze Verschiebung eingetreten. Man erwartet, daß der Kongreß alsbald alle gegen die Opposition bisher unternommenen Schritte gutheißen wird. Die besonders ausgesprochenen Gegner der Opposition wie Barozlewski u. a. bezeichnen es als Hauptaufgabe des Kongresses „nicht nur mit dem Trozkisten, sondern mit der ganzen Idee des Trozkismus Schluß zu machen.“

### Rykow denunziert und droht.

Auf der Allukrainischen Parteikonferenz Ende November hat der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Rykow, nach der „Ekonomischeskaja Schin“ vom 26. November (Nr. 270) folgendes ausgeführt:

„Die objektiven Voraussetzungen für die Bildung von Fraktionen in der Partei sind durch die sozialökonomische Struktur unseres Landes, durch die internationalen Verhältnisse und durch die verhältnismäßig langsame Entwicklung der internationalen proletarischen Revolution gegeben. Es ist daher natürlich, daß Strömungen an die Oberfläche treten, die der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution feindlich sind. Diese Tatsachen sind der Grund, weshalb in unserer Partei während der ganzen Zeit nach der Oktoberrevolution (1917) zahlreiche Gruppenbildungen und Sonderströmungen auftauchen. Jedoch ist eine Gruppenbildung, wie wir sie gegenwärtig erleben, eine ganz neue Erscheinung. Die trozkistische Opposition hat ihre Tätigkeit damit begonnen, daß sie an sämtliche Gruppen innerhalb der Partei die Aufforderung richtete, sich zu vereinigen. Auf eine grundsätzliche Einheitslichkeit ihres Programms kam es ihr dabei weniger an als auf eine Veränderung des Bestandes und der Leitung der Zentralorgane. Während der Auseinandersetzung hat aber die trozkistische Ideologie alle Oppositionellen vereinigt. Die Vereinigte Opposition hatte beschlossen, auf eine Spaltung der Kommunisten hinzuwirken, eine zweite Partei in der UdSSR zu bilden und sich zu diesem Zweck an die Gesamtbevölkerung und gegen die Partei zu wenden. Im Laufe der verflochtenen Jahre hat die Opposition den Weg zum Menschevismus durchlaufen; die Partei kann im Kampf gegen die vereinigte Opposition sich

nicht auf die Methoden beschränken, die bisher angewendet worden sind.

Die Hege gegen den Generalsekretär der Partei Stalin, die ihn als „Diktator“, als „Führer der Faschisten“ usw. hinstellt, hat bereits den Wunsch nachgerufen, terroristische Überfälle zu organisieren, und zwar in erster Linie gegen Stalin. Wir haben den Beschluß gefaßt, schon auf derartiges Gerede Gefängnis zu setzen.“

## Der Wahrheit die Ehre!

Eines Segners Zeugnis für die Sozialdemokratie.

In der Budgetdebatte des oberösterreichischen Landtages war auch viel von den Heimwehren die Rede; Bundeshauptmannstellvertreter Genosse Gruber legte die Gefahren dieser mehr oder minder faschistischen Rüstungen ausführlich dar. Sehr beachtet wurde, was der christlich-soziale Abg. Bienenberger zu der Sache sagte:

„Ich erkläre von vornherein, daß es immer meine persönliche Überzeugung war und ist, daß die sozialdemokratische Partei nicht als die Idee hatte, einen Putz zu veranlassen. Es sind ihr einfach die Massen durchgegangen und es hat auch Dr. Bauer offen zugegeben, daß die Partei einen schweren Fehler dadurch begangen hat, daß sie nicht eine organisierte Protestaktion einleitet hat. Aber daß die Absicht der Führer und der Verantwortlichen nicht darauf gerichtet war, in Österreich einen Putz zu veranlassen, ist meine volle Überzeugung. Ich erkläre eine Gefahr darin, wenn auf beiden Seiten fort und fort gerüstet wird. Ich muß aber wohl das eine betonen: Was für die einen recht ist, ist für die anderen billig. Ich möchte die Bitte an alle Parteien richten, daß wir uns zur notwendigen Pflicht machen, uns nie zu Unüberblichkeit hinreißen zu lassen und stets im Rahmen der Gesetze bleiben und niemals Gewalttätiges zu unternehmen. Daß Entgleisungen in Reden und Versammlungen haben und drüber vorkommen, darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben. Es wäre nicht gut, wenn wir das alles aufrechten wollten. Wir sind nicht so ungeschickt, daß wir leugnen wollten, daß auch nicht auf unserer Seite könnten Fehler begangen werden und Übertreibungen vorkommen. Aber wenn auch die Sozialdemokratie einsteht, daß das gleiche auf ihrer Seite geschieht, können wir uns gegenseitig die Hände reichen dazu, daß wir uns sagen: Wir wollen uns durch diese Bewegung nicht auseinanderrufen, sondern wir wollen alle ohne Ausnahme dazu beitragen, daß endlich einmal die ernste, aufrichtige und vorbehaltlose innere Abklärung auf beiden Seiten erfolgt.“ (Beifall im ganzen Hause.)

Das klingt doch recht anders als das Boh, das der Bundeskanzler und christlichsozialer Parteichef Dr. Seipel für die Heimwehrausrüstung herbeiholt; aber der oberösterreichischen Christlichsozialen bester Mann ist auch jener Prälat und Landeshauptmann Johann Hauser gewesen, der ein ebenso aufrechter Republikaner wie überzeugter Anschließfreund gewesen ist — bis zum Tode, der den ausgezeichneten Mann vor etwa einem Jahr ereilt hat.

### Schober drückt sich.

Während sonst bei der Ausschussberatung seines Etats der Wiener Vizepräsident stets im Rationalrat erschien, ist er diesmal ferngeblieben, um nicht für die Julischlacht, die ihr folgende Spigelei und die Beschönigung all dessen durch sein „Weißbuch“ Rede stehen zu müssen. Unsere Genossen wiesen die Lügenhaftigkeit des „Weißbuchs“ nach und stellten sie der neuerdings wiederbelebten Konstitutionspraxis gegen die Wahrheit, so gegen das Juli-Bedenkbuch Julius Braunnhals gegenüber.

## Abbau der Militärkontrolle — Angst vor der Gemeindefehrwache.

Paris, 2. Dezember.

Die Botschafterkonferenz hat nach Kenntnisnahme eines Berichtes über den Stand der Abrüstung in Deutschland beschlossen, die Liquidierungskommission am 31. Januar 1928 abzuberufen. Deutschland soll jedoch bis zu diesem Zeitpunkt ein Gesetz erlassen, durch das die Herstellung und die Ausfuhr von Kriegsmaterial beschränkt wird und die Wiener Gemeindefehrwache aufgelöst. (Sie dient der Bewachung städtischer Gebäude, ist allerdings am 17. Juli aufgestellt worden. Red. d. B.)

# Schacht gegen den „Städtelugus“.



„Die Kinder spielen doch sehr schön auf der Straße. Was soll der Lugus der Kinderspielplätze.“

## Auch in Bayern...

Rückgang der Geburten und der Sterblichkeit. — Zunahme des Alkoholismus.

München, 2. Dezember.

Aus dem im bayerischen Landtage mitgeteilten amtlichen Bericht über den Gesundheitszustand in Bayern ist zu ersehen, daß eine fortschreitende Besserung gegenüber den Einwirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit zu verzeichnen ist. Hingegen nimmt die Geburtenziffer noch dauernd ab. Die Geburtenabnahme erfolgt nunmehr in gesteigertem Maße auch das Land.

Die Gesamterblichkeit geht zurück. Die Sterblichkeit an Lungentuberkulose ist 1926 etwas geringer als in den Vorjahren. Die Sterblichkeit an Krebs nimmt immer mehr zu. Ueber den Stand der Geschlechtskrankheiten liegen im allgemeinen günstige Berichte vor.

Der Bericht stellt schließlich auch eine gewaltige Zunahme des Alkoholismus fest.

## Kampf dem völkischen Hochschulunfug. Ausruf des „Bund“.

Die Vereinerung freierwilliger Akademiker „Der Bund“, der neben Studierenden der deutschen Hochschulen auch zahlreiche führende republikanische Gelehrte, Staatsmänner, Politiker usw. angehören, wendet sich mit einem Aufruf an alle freienwilligen Studenten Unter Hinweis auf das Treiben des „Deutschen Hochschulringes“, das jetzt zur Verhinderung der studentischen Selbstverwaltung geführt hat, wird der Zusammenschluß aller freierwilligen Akademiker zur Abwehr der völkischen Bestrebungen gefordert. Unbeschadet der Weltanschauung des einzelnen und seiner politischen Betätigung in den Parteien soll ein gemeinsamer Kampf geführt werden, damit die deutsche Hochschule nicht länger ein Fremdkörper in Staat und Volkstreiben sei. Mit nachdrücklichster Unterstützung des „Bundes“ sollen studentische Veranstaltungen, Disziplinationswochen, Schulungswochen usw. dazu dienen, die Studentenschaft für den Dienst am Volke vorzubereiten, dem die aus den Hochschulen hervorgehenden Männer und Frauen sich künftig zu widmen haben. „Gleichgültigkeit davor“ — so heißt es am Schlusse des Aufrufs — „die das völkische Treiben verurteilen, verkennt die uns Akademikern obliegende Verantwortung.“

## Segensreiche Wohnungsfreiheit!

Folgen der Lockerung der Wohnungswirtschaft in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:

Die überstürzte Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft durch die württembergische Bürgerblutregierung zeitigt vielfach entsetzliche Folgen. So wird aus Fellbach bei Stuttgart berichtet, daß infolge des mangelnden Mieterschutzes in einer Dachkammer eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und 6 Kindern hausen muß. Eine aus 7 Personen bestehende Familie, die vom Gerichtsvollzieher auf die Straße gesetzt worden war, fand nur Unterschlupf bei einer Witwe, deren Familie selbst aus sieben Köpfen besteht, so daß in drei Zimmern jetzt 14 Personen wohnen müssen. Eine Frau mußte ihr Wochenbett in einer nicht heizbaren Dachkammer halten, in der es auf ihr Bett regnete. Der Arztarzt konnte nur feststellen, daß das neugeborene Kind erkrankt ist. Die Räume im sogenannten Armenhaus der Gemeinde, wo mehrere Familien hausen, sind wahre Brutstätten der Tuberkulose. In letzter Zeit werden in der Gemeinde auch mehrere Anzeigen wegen Mietwuchers erstattet.

Das sind die unausbleiblichen Folgen jener kurzfristigen und unsozialen Politik, die jetzt in Bezug auf die Wohnungserziehung der minderbemittelten Bevölkerung betrieben wird. Da bellt man sich noch, daß die Sittlichkeit bedroht ist, daß die Kriminalität wächst und daß der Gesundheitszustand des Volkes sich ständig verschlechtert!

## Einwanderungsverbot nach Palästina.

Jüdische Proletarier werden ferngehalten.

Haifa, Ende November. (Eigenbericht.)

Die britische Mandatregierung für Palästina hat wegen der sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise des Landes neue Bestimmungen für die jüdische Einwanderung erlassen, die praktisch auf ein völliges Verbot der Emigration von jüdischen Massen hinauslaufen. Hiernach werden bis auf weiteres nur folgende vier Kategorien jüdischer Auswanderer in das Land gelassen: 1. Frauen und minderjährige Kinder von bereits in Palästina wohnenden Personen. 2. Studenten und Schüler, wenn ihr Unterhalt von den Instituten, die sie besuchen, auf drei Jahre gewährleistet wird. 3. Personen mit barem Kapital, deren Betätigung muthbringend für die palästinensische Wirtschaft ist, und 4. politische Flüchtlinge aus Sowjetrußland. Die Zulassung der Flüchtlinge ist lediglich eine politische Demonstration gegen die Sowjetregierung und findet nur auf eine beschränkte Anzahl junger Leute Anwendung, die wegen ihrer zionistischen Betätigung in Rußland verfolgt werden.

Es bleibt abzuwarten, ob so die Gesundung der palästinensischen Wirtschaft herbeigeführt werden wird und ob die Abwehr der Armen und die Zulassung von Reichen (die zurzeit gar nicht hingehen!) den Aufbau des Landes fördern wird.

## Der brave Soldat Schweif spricht.

Die Sache mit dem Phöbus-Film.

(Frei nach Jaroslaw Koschek.)

„Die Sache mit dem Phöbusfilm braucht keinen nicht zu beunruhigen.“ wandte sich der brave Soldat Schweif an die umstehenden Soldaten. „Solange eine Regierung schweigt, ist alles in bester Ordnung. Erst wenn eine Regierung zu reden anfängt, dann kommt auch die beste Sache in Unordnung.“ Da war auch ein Fleischer Kratoziel in Kuste, der betrug keine Frau mit einer Kellnerin aus dem „Grünen Kebab“. Das hat aber nichts geschadet, weil daß der Kratoziel den Mund gehalten hat. Eines Nachts aber, wie er ist befohlen nach Hause gekommen, hat er sich nicht bezähmen können und hat im Bett geschwätzt und hat gefeuert: „Kuß mich, Amanda,“ was der Name der Kellnerin gewesen ist. Und so hat keine Frau Wind bekommen und hat einen Rordstrich gemacht und hat anderen Tags der Kellnerin Salzsäure ins Gesicht gespritzt, daß da Narben geblieben sind. So ist in ein geordnetes Familienleben großes Unheil gekommen, bloß weil der Kratoziel geredet hat. Und deshalb haben der Reichstanzler Marx und der Reichswehrminister Gehler recht, daß sie nicht reden, denn es gibt bloß Unheil davon. Wenn der Minister Gehler schweigt, das ist natürlich eine große Sache, nicht so, als ob der Soldat Baloun oder der Einjährige Marek schweigt. Denn ein Minister ist ein großer Mann, und es ist daher eine ganz große Schweigerei. So ein Reichswehrminister hat bedeutendere Schweigereien als unsereiner. Die Schwarze Reichswehr war eine große Schweigerei, und die Fememorde waren auch eine große Schweigerei, und Herr Gehler kann selbst nicht zählen, wieviel Mordschweigereien in seinem Ressort sind. Deshalb hat er für jede Schweigerei einen besonderen Stabsoffizier. Da hatten wir beim Regiment einen Rechnungsfeldwebel Wanek, dem haben eines Tages 284 Kronen in der Regimentskasse geschli. Und der Kommandeur Graf Weibert von Aarenklu hat von Wanek verlangt, er solle sagen, wo das Geld geblieben ist. Der Wanek hätte sich entschuldigen können und sagen: „Reid' g'horjamt, Herr Oberst, ich hab subventioniert die Maruscha und die Kathinka“ — was bei uns Mädchenamen sind wie in Deutschland Cmelka und Ufa — „und der Herr Hauptmann Sagner weiß davon, denn er ist dabei gewesen, wie wir sie bejucht haben in der Frauengasse.“ So hätte der Wanek sagen können, aber er hat nichts gesagt, weil er seinen Hauptmann nicht hat verraten wollen, denn er ist ein brauer Soldat gewesen und hat sich für den Hauptmann geopfert als Strahmann, oder — wie man in Deutschland sagt — als Bohmann. Er war in Geldsachen ein sehr brauer Mann, der Wanek, denn wie er einmal 12 Heller zuviel hat ausgegeben auf Monturen, hat er es sofort gemeldet, und die Oberrechnungskammer hat einen langen Bericht ausgearbeitet, wer für die 12 Heller aufzukommen hat, und der Bericht ist 500 Seiten lang gewesen, und die Regierung hat ihn drucken lassen, denn es muß Ordnung sein im Staat, und der Bürger muß wissen, was mit seinen Steuergroschen geschieht. Aber wegen der 284 Kronen ist keine Meldung gemacht worden, sondern man hat sie im nächsten Monat eingespart an den Mannschaftsrationen. Denn es würde böses Blut machen, wenn es aufkommt, hat der Hauptmann Sagner gefagt, und er hat recht gehabt, denn man soll die Bevölkerung nicht beunruhigen und nicht das Vertrauen zur Wehrmacht erschüttern. Deswegen ist es auch eine Freude, daß Herr Gehler so korrekt ist. Wenn versehenlich für die Marine 12 Pfennig zuviel verbraucht werden, so schreibt er es in den Etat und begründet es ausführlich. Aber wenn er fünf Millionen als Subvention an den Phöbus-Film zahlt, so geht das eben aus geheimen Dispositionsfonds, und es geht niemand nig an, denn dazu sind die Fonds geheim. Wenn es jemanden angeht, brauchen sie nicht geheim zu sein. Deshalb bleibt das Vertrauen zur deutschen Wehrmacht unerschüttert, und ich kann ihr nur gratulieren zu einem Minister, dessen Lebenselement die Schweigerei ist.“

Sonathen.

# Der Eisenbahnerstreik in Dresden.

## Eingreifen des sächsischen Arbeitsministers.

Dresden, 2. Dezember.

Am gestrigen Freitagabend haben im sächsischen Arbeitsministerium die Verhandlungen über den Abbruch des Dresdener Eisenbahnerstreiks begonnen. Angesichts der Wichtigkeit der Besprechungen hatten sich von der Hauptverwaltung der Reichsbahn Geheimrat Direktor Dr. Kühne und Reichsbahndirektor Heiges nach Dresden begeben, die im Auftrag des Generaldirektors Dormmüller sofort eine Untersuchung über die Ursachen des Konflikts eingeleitet hatten und die auch den Schlichtungsverhandlungen beiwohnen. Noch im Laufe des gestrigen Freitagabend haben beide Herren der Hauptverwaltung der Reichsbahn telefonisch über die Lage und ihre Ermittlungen Bericht erstattet.

Ursprünglich sollten die Einigungsverhandlungen unter Vorbehalt von Ministerialrat Haack vom sächsischen Arbeitsministerium am Sonnabendvormittag beginnen. Nachdem jedoch der sächsische Regierung bekannt geworden war, daß von den Gewerkschaften Maßnahmen getroffen worden waren, die bereits am Sonnabendmorgen um 6 Uhr den Verkehr in Sachsen sehr stark beeinträchtigt hätten, griff der sächsische Arbeitsminister Eisner persönlich ein und veranlaßte, daß in den Nachmittagsstunden des gestrigen Freitag bereits mit den nach Dresden gekommenen Berliner Vertretern des Eisenbahner-Einheitsverbandes Scheffel und Apfisch vorbereitende Verhandlungen gepflogen wurden.

Um 9 Uhr abends trat dann auf Grund der Ziffer 2, § 8 der Schlichtungsordnung die Schlichtungskammer zusammen, die sich mit dem Konflikt zu beschäftigen hatte.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nicht bekannt.

Die Bezirksleitung Sachsen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands schreibt uns: Verschiedene Pressemeldungen und die Erörterungen im sächsischen Landtag über den Solidaritätsstreik veranlassen uns, in der Öffentlichkeit nochmals ausdrücklich festzustellen, daß es sich bei der Aktion um keinen Streik um Lohn oder sonstige Tarifforderungen handelt, sondern

### lediglich ein Solidaritätskampf

für die ungerechterweise gemäßigten Arbeiter geführt wird. Die gewerkschaftlichen Organisationen betonen auch hierdurch nochmals besonders, daß sie noch wie vor um Tarifvertrag stehen und nicht zulassen werden, daß von unerantwortlicher Seite gegen den Tarifvertrag verstoßen wird.

Die Organisation ist am Mittwoch in den Verhandlungen dem Reichsbahndirektionspräsidenten Kluge wiederum — es war das viertmal in diesem behauerlichen Konflikt — so weit entgegengekommen, daß auch bei einer vernünftigen Beilegung des Streikes die Autorität der Reichsbahn gewahrt geblieben wäre. Angesichts dieser Sachlage bedauern wir es sehr, daß nunmehr die Solidaritätsaktion den wirklichen Verkehrsbetrieb der Reichsbahn stört und diese selber für die Bevölkerung und Wirtschaft unannehmen Störungen nicht auf Dresden beschränkt bleiben konnten.

Wir stellen hierdurch besonders fest, daß der Präsident Kluge in den letzten Verhandlungen überhaupt nichts über die Beilegung des Konfliktes gesagt hat. Er wollte lediglich den örtlichen Werkdirektor Kallenberg entlasten, der — wir müssen das nunmehr der Öffentlichkeit unterbreiten — zum Betriebsrat nach dem 8. November auf dessen Vorhaltungen über die Durchführung der Anordnungen des Reichsbahndirektors Zugewandt erklärte:

„Das alles die für die Belegschaft betriebenden Anordnungen (Zugverweis) sei alles nicht so ernst und wörtlich zu nehmen, was verständlich der Herr vom Tarifvertrag.“

Nun bitten wir die Öffentlichkeit, zu beurteilen, ob ein solcher Vorgang geeignet ist, die örtliche Werkleitung zu entlasten. Besonders sei auch betont, daß die Reichsbahndirektion Dresden als Werkdirektion 4 in bezug auf die juristische Behandlung des Streikes vollständig inkompetent gehandelt hat. Von der Organisation wurde Reichsbahndirektionspräsident Kluge in den Mittwochsverhandlungen besonders darauf aufmerksam gemacht.

### Der gegenwärtige Stand des Streiks.

Im Solidaritätsstreik befinden sich jetzt 1300 Werkstättenarbeiter und außerdem bis zur Stunde 1400 Betriebs-

arbeiter. Die Gesamtzahl von 2700 im Solidaritätsstreik stehenden Arbeitern kann aber inzwischen auf etwas über 3000 gestiegen sein. Da die Reichsbahndirektion glaubt, es handle sich um keine für die Bevölkerung und Wirtschaft ernste Angelegenheit, ist nunmehr die Solidaritätsaktion nicht mehr auf Dresden zu beschränken. Im Werk Dresden-Fr. haben sich nach amtlicher Mitteilung bisher nur 84 Arbeiter gemeldet, und zwar handelt es sich in der Hauptsache um betriebsfremde Leute. Damit kann das Werk von über 1300 Mann nicht eröffnet werden.

Die von amtlicher Seite gegebene Darstellung über den Betriebsunfall auf dem Güterbahnhof Dresden-N. am 1. Dezember 1927, morgens gegen 5 Uhr, in der Höhe der alten Stellerei IV ist auf Auswirkungen der Solidaritätsaktion zurückzuführen, insofern durch die eingetretenen Verkehrsstörungen im Güterverkehr die Leistung des Betriebsdienstes sehr unübersichtlich geworden ist. Ein böswilliges Verschulden der Bediensteten liegt aber nicht vor. Die Ersparnisfallmannschaften — unsere Notstandsarbeiten wurden bekanntlich brüst abgelehnt — brauchten eine viel zu lange Zeit für die Eingeleitung.

## Die Eisenbahnerbewegung in Berlin.

### Die Generalversammlung einberufen.

Die dauernde Hinauszögerung der Ortslohnzulageverhandlungen hat die Erregung der Berliner Eisenbahner noch gesteigert. Nachdem eine Kommission der Berliner Eisenbahner bei der Verhandlung unter Hinweis auf den Ernst der Lage auf sofortigen Beginn der Verhandlung gedrängt hat, nahm am Donnerstag die erweiterte Ortsverwaltung der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands Stellung zu den zu ergreifenden Maßnahmen.

Nach den Berichten der Vertreter aus den einzelnen Betrieben hat sich dort die Situation so zuspitzt, daß die erweiterte Ortsverwaltung allein die Verantwortung für die kommenden Ereignisse nicht mehr übernehmen kann. Sie hat deshalb einstimmig beschlossen, sofort eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in der die erforderlichen Beschlüsse festgelegt werden sollen.

### Gärung auch in Düsseldorf.

Der Ortsverband des Einheitsverbandes der Eisenbahner berichtet, daß heute vormittag Delegationen aus den Betrieben des Bezirks Düsseldorf-Pladen eine Versammlung verlangten, in welcher zu einem eventuellen Streik als Antwort auf die zögernde Haltung der Reichsbahnverwaltung in bezug auf die Erhöhung der Ortslohnzulage Stellung genommen werden soll. Der örtliche Vorstand ist sofort einberufen worden, um zu der Lage Stellung zu nehmen.

### Streikgefahr im Dortmunder Bezirk.

Dortmund, 2. Dezember.

Vertreter der drei größten Dienststellen wurden heute abend bei der Ortsverwaltung vorstellig und verlangten, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt werden.

## Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet.

### Viertausend Arbeiter streiken.

Der Streik der Eisenbahnarbeiter im Saargebiet hält unermindert an. Die Gesamtzahl der Streikenden beträgt 4000. Die Betriebe in Neunkirchen, Homburg, Saarbrücken sowie die Hauptwerkstätten Burbach und Böllingen liegen still.

Saarbrücken, 2. Dezember. (Mit.)

Die Besprechungen, die heute nachmittag auf Veranlassung der politischen Parteien über den saarländischen Eisenbahnerstreik zwischen einem Vertreter der Zentrumspartei, der Deutsch-saarländischen Volkspartei, der Sozialdemokratie und den Kommunisten mit dem Präsidenten der Regierungskommission und Herrn Woritz stattfanden, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Parteivertreter wiesen auf die außerordentlich schädlichen Wirkungen des Streiks auf das ganze Wirtschaftsgebiet des Saargebietes hin. Lambert entsagte darauf in Uebereinstimmung mit dem Präsidenten, daß eine höhere Lohn-erhöhung als 16 Centimes pro Stunde, wie bereits angeboten, nicht gewährt werden könne.

## Hilfe für die Tabakarbeiter.

Obwohl der Kampf in der Zigarrenindustrie beendet ist, gehen uns angesichts des Elends der Tabakarbeiter noch Anerbietungen zur Unterstützung der Ausgesperrten zu. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Zulieferung von Arbeitsstücken usw. Wir verweisen alle, die das Elend der Tabakarbeiter, das durch den Winter und die Kesperung natürlich nicht vermindert ist, an die Arbeiter-wahlfahrt, Berlin SW., Lindenstr. 3, 1. Hof links, die gern bereit ist, die Verteilung in zweckentsprechender Weise vorzunehmen.

## Der Streik bei „Rotaprint“ beendet.

### Wie ein Kampf nicht geführt werden darf.

Am Dienstag, dem 29. November, wurde beim Verband Berliner Metallindustrieller zwischen der Firma „Rotaprint“, der Streikleitung und einem Vertreter des Metallarbeiterverbandes wegen der Beilegung des Konfliktes verhandelt. Nach längeren Verhandlungen machte die Firma einen Vergleichsvorschlag, der im wesentlichen folgendes betrug: Die Arbeit wird am 1. Dezember zuerst von 40 Mann der Belegschaft wieder aufgenommen, deren Namen in der Streikversammlung am 30. November bekanntgegeben werden. Die Einstellung weiterer Streikender soll ent-

sprechend den Betriebsverhältnissen erfolgen, jedoch sollen von der früheren Belegschaft von 120 Mann insgesamt nur 75 wieder eingestellt werden. Die Nichtwiedereinstellung der übrigen Streikenden erfolgt lediglich aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Maßregelungen wegen des Streikes werden nicht vorgenommen. Wer in acht Tagen, also bis zum 8. Dezember, keine Penalarbeit erhalten hat, kann nicht mit seiner Wiedereinstellung rechnen. Die Wiedereingestellten werden neu eingestellt, jedoch sollen ihnen hinsichtlich des Urlaubsanspruches keine Nachteile erwachsen. Mit Beginn der Arbeit werden die Löhne und Akkordverdienste um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Die Betriebsräte erhalten am 2. Dezember einen Vorschuß von 30 M., die Ledigen von 25 M., der in zehn Wochenraten zurückzahlen ist, bei früherem Ausscheiden aus dem Betrieb aber sofort ganz abgezogen wird.

In der Streikversammlung am 29. November berichtete Genosse Koch 1 vom Metallarbeiterverband über das Ergebnis der Verhandlungen und erklärte, nachdem von 15 Disziplinarrednern 16 für die Ablehnung des Angebots der Firma gesprochen hatten, daß er als Organisationsvertreter wegen der unhaltbaren Situation die Annahme des Angebots empfehle. Die geheime Abstimmung ergab nicht die statutarisch notwendige Dreiviertelmehrheit zur Fortführung des Streiks, so daß der Konflikt beigelegt ist. Die Firma hat, wie vereinbart wurde, die ersten 40 Mann der Belegschaft wieder eingestellt.

Diese Bewegung ist ein Musterbeispiel dafür, wie eine Be-

wegung nicht geführt werden soll. Schon in der Verhandlung wegen einer Lohnzulage, die am 14. Oktober, also vor Ausbruch des Streikes beim BMD war, erklärte die Firma, daß sie wegen der Ueberfüllung ihrer Lager dazu übergehen müsse, ihre Belegschaft auf die Hälfte zu reduzieren. Der kommunistische Betriebsrat mußte zugeben, daß die Firma wegen des ungenügenden Ablasses zu Betriebsbeschränkungen gezwungen sei. Die Firma erklärte sich bereit, jeden, der freiwillig aufhöre und sich um andere Arbeit bemühen wolle, die Papiere zu geben, mit der Bescheinigung, daß der Betreffende wegen Arbeitsmangel entlassen worden sei. Trotzdem der Betriebsrat also wußte, daß für einen Streik die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen vorliegen und auch der Organisationsvertreter vor diesem Schritt warnte, wurde in echt „revolutionärer“ Art der Kampf beschlossen und auch beendet.

## Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation.

### Am Sonntag wird gewählt!

Vom Bureau des Ortsausschusses Berlin des ADGB wird uns geschrieben: Die Wahl des Ausschusses der Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation vollzieht sich am Sonntag, dem 4. Dezember, von 9 bis 18 Uhr, unter der Wahlparole:

### „Auflösung und Verschmelzung“

mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. Hier ist den Versicherten zum erstenmal — durch die zustimmende Haltung der Arbeitgeber — Gelegenheit geboten, die Auflösung einer kleinen und ungenügend leistungsfähigen Krankenkasse durch die

### Wahl der Liste 2

herbeizuführen und damit für die Wahl von Ausschußmitgliedern zu stimmen, die die Gewähr dafür bieten, daß ein solcher Beschluß zustande kommt und die Verschmelzung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin erfolgt. Schon die Aufstellung der Liste 2 durch den Deutschen Bekleidungsarbeiterverband garantiert für die Auswahl der richtigen Versichertenvertreter.

Jedes Mitglied der Ortskrankenkasse der Wäschefabrikation — besonders aber die freigewerkschaftlich Organisierten — muß es als seine Ehrenpflicht betrachten, im Interesse einer Steigerung der Leistungsfähigkeit für die Krankenkassenmitglieder am Sonntag zur Wahl zu gehen und

für die freigewerkschaftliche Liste 2 zu stimmen.

## Berhandlungen mit der Nordwestlichen gescheitert.

Düsseldorf, 2. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Düsseldorf-Verhandlungen der kleinen Kommission der Eisen- und Stahlindustrie Nordwest, die am Freitag fortgesetzt wurden, haben kein Ergebnis gebracht. Der Deutsche Metallarbeiterverband, der Gewerksverein holländischer Metallarbeiter und der Gewerksverein Hirsch-Dunker blieben bei ihren eingereichten Forderungen. Die Forderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Arbeitszeit- und Lohnfrage sind folgende:

1. Wiedereinführung des achtstündigen Arbeitstages sowie die dreigeteilte achtstündige Wechselschicht in den Hütten- und Walzwerkbetrieben und entsprechender Lohnausgleich einschließlich der Arbeitszeiterhöhung vom 8. August 1927 mit Wirkung vom 1. Januar 1928.
2. Die Löhne der Hocharbeiter (Schlosser, Dreher) werden um 10 Pfennig pro Stunde erhöht. Den im Lohn beschäftigten Arbeitern wird ebenfalls der zeitliche Lohnzuschlag ausgedehnt.
3. Die Löhne der Lehrlinge werden anderweitig geregelt und erhöht.

Bis jetzt haben die Arbeitgeber sämtliche Arbeitszeit- und Lohnforderungen abgelehnt. Die Aussichten der Verhandlungen zur Rotregulierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Grobmetallindustrie sind also mehr als trübe. Der große Wirtschaftskampf in der Eisen- und Stahlindustrie scheint unvermeidlich. Am Mittwoch, dem 7. Dezember, beginnen die Parteiverhandlungen in Eisen. Nach dem Ausgang der Arbeiten der kleinen Kommission kann man sich von diesen Parteiverhandlungen nichts versprechen.

## Der Hafnarbeiterstreik in Australien.

Sydney, 2. Dezember.

Infolge des Streiks zwischen den Hafnarbeitern und den Reedern ist der Handel im Inland und mit dem Ausland vollkommen lahmgelegt. In den verschiedenen australischen Häfen liegen rund 130 Schiffe fest. Man rechnet mit dem Streik von 21 000 Mann in Neu-Südwesten, ebenso mit dem Streik von 25 000 Bergarbeitern, falls der Konflikt weiter um sich greift. Premierminister Bruce hat in einer Rede in Canberra versprochen, alles zu tun, um die Parteien zu Verhandlungen über eine friedliche Einigung zu bringen.

**Abt. S. P. D. - Aufbrucher, 4. Bezirk, Montag, 3. Dezember, 19 Uhr, Sitzung bei Seipke, Kronprinzen-Edle-Garten-Vertrage.**

**Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin, Abt. Ost, Ostkreis-Karlshagen-Innen-Bezirk, Sonnabend, 19.12.1927, Beginn des neuen Jahresausfluges im Zug nach dem Reichstag, 11. Reichstaggebäude 1. Etz. Jugendkassenkassier. — Beachtet die neue Telefonnummer der Jugendzentrale: 77 Januar 1928.**

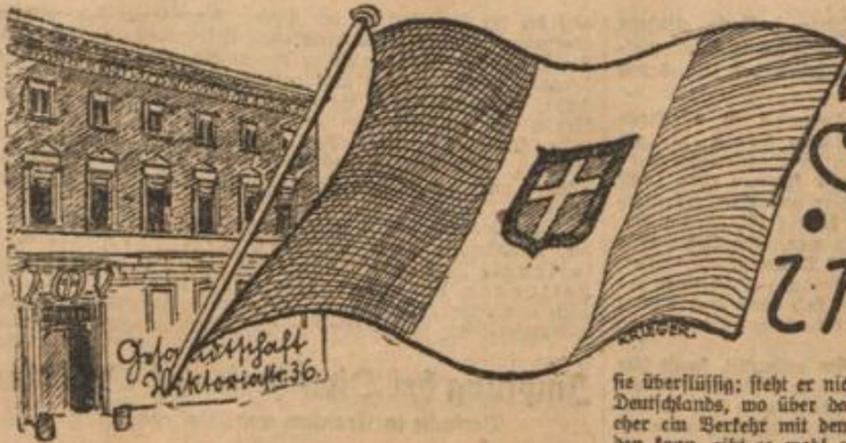
**Jugendgruppe des B. M. D., Bezirk, Sonnabend, 19.12.1927, Filmabend der freien Jugendbewegung Berlin (FJB) im großen Saal des Westkreises am Kreuzberg, Borsdorf 11 (Köpenicker). Zur Vorbereitung gelangen die Filme: 1. Kino vor 20 Jahren, 2. Berlin — Einmal der Welt, 3. China — ein Hundeleben. Dazu Belegmahl, ausgeführt von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Preis der Eintrittskarte 50 Pf. An der Abendkasse erhältlich. Wir erwarten zahlreichen Besuch der Jugendmitglieder nicht Eisen und Fremden.**

**Berufsvorläufer für Politik: Dr. Carl Seyer; Wirtschaft: G. Klingelbäcker; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eßler; Frauen: A. B. Böcher; Kollas und Coßig; Reichsarbeit: Anzinger; Ed. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Unter den Eichen 3, Berlin 3, Bellevue und „Unterhaltung und Wissen“.**

Vor Weihnachten wandert von Haus zu Haus -- Mit seinem Cod. Cassi. Nikolass. Ganz heimlich stichl' er noch Resi hinein. Die Liefel, die höher's und ralt: „O, wir sein! Das schen ich zum Weihnachtsfest der Mutter. Die streichl' uns auf's Brot dann die Resi mit Butter. Sperrl' Ged' so and kann uns deshalb beben. Mit manchen schönen Weihnachtsgrüßen.“

Und aufs Brot die **frische Resi**

Denn diese bayerische Kernmargarine aus den **W. W. Nürnberg** vereinigt zum ersten Mal höchste Nährkraft und höchsten Wohlgeschmack: **Vitamine und Alpenmilch.**



# Italiener in Berlin



Als in der Kaiserblüte der deutsch-österreichisch-italienischen Verbrüderung König Humbert Berlin besuchte, wurde er auf der Triumphstraße Unter den Linden von der schönsten Berliner Hofschaulustlerin Frau von Hochenburger mit einem italienischen Gedicht begrüßt. Der König wollte der Dame sicherlich etwas Verbindliches sagen und richtete einige italienische Worte an sie. Von ihren Lippen erklang jedoch ein verschämtes: „Non capisco! — Ich verstehe nicht.“

## Non capisco.

Non capisco — In dieser Lage ist jetzt das deutsche Volk, so weit es nicht im reaktionären Haß gegen jeglichen Kulturfortschritt befangen ist, dem italienischen Volke gegenüber. Wie ist es möglich, daß ein Volk mit einer mehr als zweitausendjährigen Geschichte, mit einer Reihe der leuchtendsten Geistesgaben und Kunstschöpfungen — wie ist es möglich daß die Nachkommen jener, die einst Garibaldi zubestehen, sich in einen Zwangszustand sondergleichen einmündigen lassen? Das deutsche Volk liebt Italien und sein Volk, aber es versteht nicht den jetzigen Zustand der Unfreiheit, der Abkehr von allem geistigen Kampf, der allein der Vater jedes Fortschritts ist. Non capisco. ....

## Die kleine italienische Kolonie.

Vor dem Kriege waren Zehntausende von Italienern in Deutschland tätig — auf dem Lande, an den Eisenbahnenbauten und in Steinbrüchen bildeten sie die Arbeitervorkolonien; in den Städten tauchten ihre pittoresken Erscheinungen als ambulante Händler auf: „Figuri, Signor, figur!“ erklang es aus dem Munde der jugendlichen Gipfelfahrenhändler, die mit ihrer schwanken Last auf dem Kopfe durch die Straßen zogen oder auf Brückengeländern einen lustigen Verkaufsstand einstellten — „Maroni, maroni!“ rief im Winter der Kaffeehändler und lockte namentlich die Schuljugend an. — „Eis, Eis, Speiseeis!“ klang der sommerliche Freudenpfeifer. ... Der Weltkrieg brachte auch ihnen den bitteren Zwang, die Waffen gegen die einstigen Freunde zu führen. — Die Friedensjahre haben sie nicht zurückgeführt; nur vereinzelt Beziehungen sind wieder aufgenommen worden. Der Faschismus legte dem Auswanderungstrieb schließlich ganz ein Ende. So ist die italienische Kolonie in Berlin recht klein, etwa hundert Mann, von denen der weitaus größere Teil im Norden Berlins ansässig ist. Einen Zugang zu besserer Lebensstellung gibt die Bemerkung der künstlerischen Begabung, die in jedem Südländer schlummert; namentlich im Filmtrieb bietet sich Gelegenheit zu bestem Verdienst. Die großen Gefängnisse, die auch im faschistischen Italien nicht ausgestorben sind, kommen wie als zeitweilige Gäste in Betracht. Eilige Sprachlehrer, Sektoren, dürsten sich vorfinden; das Studententum zählt wenige Angehörige aus dem Lande Rossinis. Seine Politik ähnelt jenem Orientierfischer, der alle Bücher, außer dem Koran, für verbrennungswürdig ansah; steht ihr Inhalt im Koran, so sind

sie überflüssig; steht er nicht darin, so sind sie schädlich. Im Süden Deutschlands, wo über das italienischsprechende Gebiet der Schweiz eher ein Verkehr mit dem italienischen Volke aufrechterhalten werden kann, gibt es wohl auch jetzt noch mehr Italiener als bei uns im Norden, aber man wird schon hochgreifen, wenn man die Zahl jämlicher in Deutschland lebenden Italiener auf 10 000 schätzt. In Frankreich lebt dagegen etwa eine Million, meist Menschen, die von den Segnungen des russischen Zwangsstaates nichts wissen wollen.

## Keine Faschistenbegeisterung.

Daß der Faschismus natürlich bestrebt ist, die wenigen noch außer Lande befindlichen zu „organisieren“, ihr öffentliches und privates Auftreten auszufundamentieren, ist unseren Lesern bekannt. Kenner der Verhältnisse erklären, daß die Gruppe der Berliner Faschisten auf etwa 30, höchstens 50, sich beläuft —, wahrlich keine imponierende Zahl gegenüber der großen Schar jener Italiener, die sich einst mit ihren Berliner Freunden in der „Deutsch-italienischen Gesellschaft“ zusammenfanden, um Erinnerungen an Land und Leute, Kultur und Kunst auszutauschen. Das war einmal. ... Begeistert für den Faschismus ist bei uns nur jene rechtsgerichtete Presse, der die Freiheit im eigenen Lande ein Dorn im Auge ist. Sie nimmt ihre Helfershelfer, wo sie sie kriegen kann, und marschiert Arm in Arm mit den Verfolgern des Deutschtums in Tirol. Diese Zweipoligkeit ihrer Stellungnahme gegenüber dem Faschismus ist würdig dem Halb-und-Halb-Rampe-Standpunkt der hinter ihr stehenden Parteien. Daß Deutsche, die aufrechte Republikaner sind, zurzeit in Italien nichts zu suchen haben, liegt auf der Hand: Wenn selbst der rote Strich, mit dem das Jugenberger Nachrichten keine zweifelhaften Sensationsmeldungen schmückt, in Russland zur polizeilichen „Erkundung“ führt, so wird ein Wort der Freiheit, das einem Reisenden entfährt, genügen, um den Schergen Russlands willkommenen Anlaß zum Einschreiten zu bieten. Die jetzige Zurückhaltung der Deutschen hat nichts mit dem hysterischen Geheul von 1915 zu tun, wo Nationalisten, Gelehrte und Dichter die Frage erörterten, ob „man“ je wieder das wortbrüchige Italien besuchen könne. Gerade diese Kreise, die ihren Patriotismus so auf der Junge tragen, haben 1924, als die deutsche Politik gerechtfertigt war, Italien überflutet.

## Obst und Wein.

Die Vorkriegszeit kannte zwei große italienische Restaurants im Zentrum der Stadt. In dem feineren speiste man für 2 M., in dem einfacheren für 1,25 M. Wein einbezogen. Die Lage des ersten, in der Nähe des Schauspielhauses, sicherte ihm einen starken deutschen Besuch, der sich die besseren Weine und die vorzügliche italienische Küche munden ließ: gebratene Fische mit Gemüse, viele Speisen und Tunten mit Tomaten, die damals noch nicht das Herz des Berliners sich erobern hatten, Risotto, Makkaroni —, es gab reichlich und gut zu essen. Auch heute sind zwei ähnliche Restaurants vorhanden, aber der große Hof fehlt, der den alten eigen war. Vom Berliner Obst- und Blumenhandel ist bekannt, welche Rolle die italienische Zufuhr spielt. Vertreter der italienischen Firmen kontrollieren den Markthofenverkehr; der Hauptplatz dieses Handels befindet sich jedoch in München.

Die offizielle Vertretung Italiens ist aus den erwähnten politischen Gründen in Berlin nicht populär, und nur wenige Berliner werden Antwort geben können, wenn man sie nach den offiziellen Residenzen fragt. An der Spitze der Berliner Vertretung steht der Botschafter Conte Luigi Aldovrandi, Marescotti Conte di Viano; Generalkonsul ist Herr Giuseppe Pellegrini. Die Botschaftskanzlei befindet sich Viktoriastr. 38, das Konsulat ist in der Villa Tiergartenstr. 6 untergebracht. Und die geistige Vertretung des Landes, die Männer der Presse? „Corriere della Sera“, „Stampa“ und „Popolo Romano“ sind vertreten, aber hat es einen Zweck, ihre Berichte zu verfolgen? Sie dürfen nur das schreiben, was der „Duce“ will, und das erfährt man ja zur Genüge aus den Auslassungen seines eigenen Redaktionschefs.

## Dämon Alkohol.

### Die Vernehmung des Doppelmörders Krause.

Im Laufe des gestrigen Tages wurde das Verhör des verhafteten Doppelmörders August Krause fortgesetzt, um alle Einzelheiten der mit großer Rohheit ausgeführten Verbrechen ans Licht zu bringen. Krause wurde in Anstaltskleidung vorgeführt, da sein Cordonanzug beschlagnahmt und zur Untersuchung auf Blutspuren den Sachverständigen der Kriminalpolizei übergeben worden war. Zeitweilig wohnten dem Verhör auch der Polizeipräsident Jürgelbel und der Chef der Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Hagemann, bei.

Der Beschäftigte zeigte sich gestern, nachdem er seinen Kausch ausgeschlafen hatte, von einer ganz anderen Seite, da ihm die gewohnte Aufsicht durch den Alkohol fehlte. Er überlegte, was er sagen will, und sucht zu retten, was zu retten ist. Das Ergebnis des Verhörs war das Bild eines Menschen, den die Trunksucht ins Verderben gebracht hat. Obwohl er in seinem Beruf als Chauffeur Aussicht gehabt hätte, vorwärts zu kommen und gut zu verdienen, mußte er immer wieder entlassen werden, weil er dem Vorker nicht entgehen konnte. Alles, was er an Arbeitslosenunterstützung und Betrugsgeldern erhielt, lehte er fast ganz in Alkohol um. Auf vernünftige Nahrung legte er keinen Wert. In seiner Behausung wurde ein großer Paken Stullen gefunden, die mitleidige Leute ihm bei der Betriebsfahrt gegeben hatten. Am Dienstag früh erwachte er sich noch einen Mantel, den er sofort für 20 M. verleiht. Am Nachmittag verübte der die Bluttat an Rogowski, wachte aber nicht, wieviel er erkrankt hatte. Während der ganzen Nacht zog er von Lokal zu Lokal und trank, bis von seinem Gelde am nächsten Morgen nur noch 1,25 M. übrig waren. Unter der Einwirkung des „grauen Elends“ schrieb er einen Abschiedsbrief an seine Mutter, weil er sich auf dem Friedhof in Mariendorf — wo seine Schwester begraben liegt — erhängen wollte. Er holte auch eine Wäscheleine herbei, schloß über seinen Vorbereitungen ein, weil er wieder einer mitgebrachten Flacke Schnaps zugesprochen hatte. Donnerstag früh suchte er ein Lokal auf, und suchte in einer Zeitung, ob über die Bluttat in der Brunnener Straße etwas darin stünde. Da er nichts fand, hielt er es nicht für nötig, seinem Leben ein Ende zu

# Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Ein breiter, länger, betonierter Platz, der unter den Schritten wie eine Glocke tönte und mit unterirdischen Saiten sang.

Liefer, unter dem Berg, drängten sich die roten Dächer der Kasernen um die Schlote, hinter ihnen die Bauten und Türme des Werkes und noch weiter unten die violette Bucht mit den an das Ufer prallenden Wellenpiralen, und hinter den Wellenbrechern schäumte das Meer wie einer unermeßlichen, unübersehbaren Blase mit dem Horizont, der höher als die Schlote und ferneren Bergrücken war. Und diesen ferneren Horizont konnte man vom Himmel nicht unterscheiden.

Auf den Wegen vom Werk zur „Gemütlichen Kolonie“ gingen Arbeiter in Gruppen und einzeln. Und über dem braunen Abhang des Berges, weit hinter der Mauer, lief über einen schmalen, blaffen Weg ein kleines Mädchen und winkte mit der Hand.

Dascha setzte sich auf den glatten Beton und umfing ihre Knie mit ihren verarbeiteten Händen.

„Genossin Mjehowa geht dort ... seltsam ist sie, die Genossin Mjehowa; manchmal ist sie nicht mit Zangen umzubiegen, und manchmal zittert sie wie eine Gerie. Ich fürchte, es wird mit ihr etwas geschehen. Fühlst du denn nicht, wie sie sich an dich klammert? Du wirst sie doch nicht abweisen, wenn sie dich ans Herz packen wird.“

Obgleich war verblüfft, legte sie sich neben sie und sah auf ihrem Gesicht nichts als ein heimliches Lächeln. Was ist mit ihr? Will sie ihn ausforschen oder ist in ihren Worten ein besonderer, ihm unbekannter Sinn versteckt? Er wußte nicht, wie er ihre Frage beantworten sollte, wußte nicht, soll er lachen oder böse sein. Sie hatte erraten, was sein Blut jetzt atmete, und hatte in seinen unabsichtlichen Blicken, in seinem Lächeln und seinen Bewegungen Poljas Bild bemerkt — die unaussprechbaren Fünkchen ihrer Brauen und Wimpern. Zwei Wellen trafen einander und gingen durch das Klopfen seines Herzens — eine durch die andere.

„Run, Dascha ... du tauchst in alle Winkelchen unter. Und wirfst die Angel weit hinein ... in eine tiefe Stelle ...“

Dascha warf den Kopf zurück und lächelte (ja, sie lächelte ganz weiblich), sah ihn aber nicht an.

„Habe ich dir denn ein Rätsel aufgegeben? Ich habe nur mit geraden, offenen Worten gesprochen: das ist deine Sache. Du warst doch unabhängig, als du mit Weibern zu tun gehabt hast, und sind die Mjehowa und ich nicht gleichberechtigte Weiber?“

„Ach so, dahin zielt du, zum Teufel! ... Du hast mich einfach übertumpelt, man weiß nicht, wie mit dir fertig werden!“

„Ach, Obgleich, wie wenig schlau du bist! ... Du bist nicht schlau und bist verschlossen. Nicht aufrichtig und schwach. Habe ich dir denn wegen deiner Weibersache Vorwürfe gemacht, und glaubst du, daß ich dich erst um Erlaubnis in meinen Weiberangelegenheiten bitten würde, wenn ich Lust bekäme, was anzufangen?“

Ihre Worte taten ihm bis ins Herz weh, und sie war so unbeflegbar, so neu, so fest zusammengefügt in ihrer Wahrheit, daß er sie nicht mehr mit nackten Händen packen konnte, und auf ihre Worte fand er keine Worte mehr. Und schon damals, zum ersten Male (verfluchte Schlucht!), fühlte er plötzlich, daß auch er, Obgleich, anders geworden, daß er nicht derselbe ist, der er gestern war. Als ob im Innern sein altes Blut verbrannt wäre und in seinem Hirn sich eine Umstellung vollzogen hätte. Und durch einen unerträglichen Schmerz und Schreden wandte sich damals seine Seele in unergründlichem Liebesdrange zu ihr — nicht zum Weibe, sondern zum Menschen, der ihm so nah stand, wie keiner sonst. Was wäre mit ihm geschehen, wenn sie an jenem Tage zugrunde gegangen wäre, an dem Tage, an dem er an sie nicht gedacht hatte, sondern nur für das Werk, die Maschinen und die Arbeit brannte und lebte.

Da ist sie jetzt, ganz, hier, und sie hatte sich ganz aus der früheren Dascha herausentwickelt. Run gut, etwas von der jetzigen Dascha war schon in den früheren Jahren versteckt, aber seine Augen waren damals blind und er selber nur ein wildes Männchen.

Und wie es damals, in jener Nacht, jung war und stürmisch! Nicht er hatte sie auf sein Bett gezerrt, hatte sie nicht an den Händen gepackt, sie zusammengepreßt — sie war selber wie ein nacktes, kleines Mädchen zu ihm gekommen und hatte ihn in kraftvoller Umarmung umschlungen ...

Unter dem betonbedeckten Blöcke, in der Tiefe, zirpte das Wasser grünlich und lang mit fernem Saiten, und etwas Großes, Lebendiges leuchtete in der Leere unter dem Beton. Und es schien, als ob diese Seufzer und Saiten-

klänge im Wald und über dem Wald schwingen und schweben und aus der violetten Dämmerung herausströmen.

Alles war leicht, tief und unermeßlich. Und die Berge waren keine Faden mehr mit Steinen und Felsen, sondern ein dichter, ruhiger Rauch, und das Meer in dem uferlosen Scharfbaum war kein Meer, sondern ein blauer Abgrund, und sie waren beide oben, auf dem Hügel, über dem Werk und mit dem Werk — auf dem Splitter eines Planeten, unter dem Abgrund und über dem Abgrund, und flogen in die Ewigkeit, ohne es zu fühlen.

Er legte seinen Kopf auf Daschas Knie und sah ihr Gesicht über sich und den lila Himmel, und ihr Gesicht mit dem feurigen Flaum auf den Wangen war auch lila, und in ihren Augen war ein Staunen und ein gereifter, unausgesprochener Gedanke.

Ein Schmerz überströmte in Wellen seine Seele ... sie, seine Dascha ... seine Frau ... und in diesem Schmerz war nur eines: Dascha darf man nicht erschlagen — sie war stärker als seine Hände und unerreichbar wie die Ewigkeit.

„Es ist gut, hier oben, am Gipfel, unten Himmel, auf deinen Knien zu liegen, Dascha. Wir sahen noch nie so aufrichtige Freunde wie in dieser nächtlichen Stunde ... Erzähle mir, wo du dein Hirn und deine Knochen ohne mich herumgetragen und was du alles für Abenteuer erlebt hast.“

Ein Blüß stammte in der Luft, und der lila Nebel zerfiel bis Wache bis zum Himmel hinauf.

Obgleich stützte sich auf seinen Ellbogen, sah lange auf die Werkbauten, auf die Hügel und Schluchten, die von Gärten bedeckt waren: überall blühten wie kleine und große Sterne Flammen auf und fielen wie Sternschnuppen auseinander. Eine Freudenwelle überflutete das Blut in seiner Brust, sein Atem stockte vor Erregung: sind das Tränen oder blieb die Freude in seinem Hals wie ein Krampf stecken?

„Siehst du, Dascha ... das sind unsere Hände ... unser Hirn ... es ist gut, für sein Schicksal zu kämpfen und es selber aufzubauen ... Ach, Dascha, das ist alles unser ... das sind wir! ... Ich werde auf deinen Knien liegen, und du, sprich. Jetzt ist gar nichts mehr schrecklich, und deinen Schreden werde ich jetzt zuhören — wie einem Märchen ...“

Dascha legte wieder ihre Hände auf seine Brust. Auch sie war sehr erregt, und Obgleich hörte, in welcher heftigen Stöhnen ihr Herz klopfte.

„Run gut ... jetzt kann man dich auch mit Worten anpacken ... Du bist nicht mehr so empfindlich ... Ach, was du für einen Unsinn geredet hast! ... Was du für ein Dummkopf warst! ...“ (Fortsetzung folgt.)

machen. Er ging zu seiner Mutter und borgte sich von ihr 3 M. Auch dieses Geld ging den bei ihm üblichen Weg. Jetzt entsann er sich der Bekanntschaft mit Kados und machte sich zu ihnen auf den Weg, in der Hoffnung, dort neues Geld zu erbeuten. Die von den Gerichtsärzten Prof. Strauch und Prof. Franke! vorgenommene Obduktion des ermordeten Schöpfungswirtes Kados ergab, daß der Tod durch dreifache Perforation der Schädeldecke eingetreten ist. Schon der erste Hieb hätte genügt, um das Leben des Mannes zu enden.

## Sklaven einer Frau.

### Zwei willentlose Männer erliegen weiblichem Einfluß.

Der Betrugprozess gegen den aus Budapest stammenden Kaufmann Franz S., der vor dem großen Schöffengericht verhandelt wurde, ergab durch die Beweisaufnahme ein ganz anderes Bild, als nach der Anklageschrift. Es zeigte sich, daß zwei Männer in gleicher Weise das Opfer einer Frau geworden sind, die zu der Frau in letzter Hingigkeit standen und von ihr ruiniert wurden.

Die Frau ist eine gewisse Marie Fürst, die Tochter eines Tagelöhners aus Dingolfing in Bayern, eine ehemalige Hausangestellte und späteres Freudenmädchen in München, die jetzt irgendwo in der Welt sich abenteuernd herumtreibt. Der eine dieser beiden Männer war zur Zeit, als er ihre Bekanntschaft machte, im Jahre 1924, Bankprokurist und Bankkassierer in Berlin. Er hat als Folge seiner blinden Leidenschaft für die Frau nicht nur sein eigenes Vermögen von 25 000 Mark geopfert, sondern auch noch weitere 100 000 Mark, die er sich von Freunden und Bekannten in Effekten geliehen hatte. Jetzt hat er die Stellung verloren und ist bitter arm. Der andere Hingige ist der jetzige Angeklagte Franz S., der jahrelang unter dem Verdacht, Helfershelfer seiner Geliebten bei ihren Schwindeltaten gewesen zu sein, stechbrieffich verfolgt, schließlich in Nizza ergriffen wurde und nun aus dem Vazarett des Untersuchungsgefängnisses unter der Betrugsanklage dem Gericht vorgeführt wurde.

S. hat in Berlin ein Doppelleben geführt. Auf der einen Seite wohnte er mit seiner Freundin in den ersten Luxus-hotels, lebte auf großem Fuße, da er internationale Geschäfte machte und viel verdiente. Er besaß auch zwei eigene Autos. Auf der anderen Seite war er der Sklave dieser unheimlichen Frau und mußte die tiefsten Erniedrigungen über sich ergehen lassen. Nicht nur, daß er stillschweigend dulden mußte, daß seine Angebotene vor seinen Augen ein Liebesverhältnis mit einem anderen Mann, dem Bankbeamten, unterhielt, mußte er auch in Dienereier mit seinem eigenen Auto vor das Weinlokal vorfahren und den „gnädigen Herrschaften“ melden, daß der Wagen draußen stehe. Stundenlang ließ man den „Diener“ in Wind und Wetter draußen harren. Zu Hause erhielt er Ohrfeigen und wurde gepeitscht, mußte auch dem „gnädigen Herrn“ die Hand küssen und noch vieles andere auf Befehl tun. Er wurde auch mit Liebesbriefen zu dem anderen in die Bank geschickt, und der Bankbeamte mußte ihn ebenfalls auf Geheiß der Frau öffentlich herunterpeitschen und ein Trinkgeld in die Hand stecken. Doch das alles auf Wahrheit beruht, was der Angeklagte angab, bestätigte im großen und ganzen sein einseitiger Rivale am Zeugnis. Der Bankbeamte hatte sich vorreden lassen, daß Marie Fürst mit S. verheiratet sei. Später hatte sie ihm erzählt, daß sie erfahren habe, ihr Mann habe fünf uneheliche Kinder, und deshalb habe sie sich jetzt von ihm getrennt. Sie neune sich jetzt Marie Fürst, um anzudeuten, daß sie fürstlicher Abstammung sei, nämlich die Tochter eines Fürsten Hohenzollern. Der Bankbeamte opferte immer größere Summen, zuletzt 60 000 Mark, um die Spielschulden und Vermittlungen ihres Vaters, des Fürsten, zu decken. Der Angeklagte S. erklärte, daß er nie gemutht habe, daß der Bankbeamte seiner Geliebten Geld gegeben habe, denn er habe ihr mindestens ebenso große Summen zugewendet. Der Bankbeamte konnte auch mit Bestimmtheit nicht sagen, daß in Gegenwart von S. über die Geldgeschäfte gesprochen worden sei.

Der Staatsanwalt war dennoch der Meinung, daß ein abgefordertes Spiel gespielt worden sei und beantragte zwei Jahre vier Monate Gefängnis gegen S. wegen Beihilfe an dem raffinierten Betrug. Rechtsanwalt Dr. Kurt Braun I hielt dem Staatsanwalt vor, daß er das schwierige sexuelle Problem dieses Falles nicht erfaßt habe. Der Kernpunkt dieses Falles sei der alte Satz: *ou est la femme* (Wer ist die Frau?). Der Bankbeamte wisse überhaupt nicht recht, was er damals getan habe. Nach kurzer Beratung kam das Schöffengericht zu einer Freisprechung des Angeklagten S. Es nahm an, daß der Zeuge und der Angeklagte in ihrem Liebeswahnsinn und ihrer Hingigkeit in gleicher Weise unter dem Einfluß jener geheimnisvollen Traktiererin gestanden hätten.

## Ein Naturschutzgebiet in der Wuhlsheide.

Ein Naturschutzgebiet in der Wuhlsheide ist im Rahmen des Forst- und Waldpartes Wuhlsheide vorgesehen. Neben der Verjüngung und Erhaltung des Waldgebietes Wuhlsheide ist innerhalb des Forst- und Waldpartes, an botanisch interessanter Stelle, die Ausweisung eines kleinen Natur- und Vogelschutzgebietes geplant. Dieses Gelände soll keineswegs künstlich angelegt werden, sondern in seiner Ursprünglichkeit erhalten bleiben, wie es angetroffen wurde. Es handelt sich um ein mooriges, wild mit Erlen und Birken und anderen Gehölzen bestandenes Gelände, in dem sich auch eine interessante Bodenflora vorfindet. Notwendig ist allein eine äußere Umpflanzung mit dornigen, einheimischen Gehölzen, die den unbefugten Zutritt verhindern und zur Erhaltung der Vogelwelt durch natürliche Schlupf- und Nistgelegenheiten dienen sollen. Wenn es weiterhin bereits mit gutem Erfolg gelang, die Tierwelt im Volkspark Wuhlsheide, also fast innerhalb der Großstadt, neu zu beleben, so daß Hasen, Rebhühner und Singvögel hier selbst infolge der getroffenen Maßnahmen günstige Lebensbedingungen gefunden haben, so würde auch die Wiedereinführung der Tierwelt in das zu erhaltende Naturschutzgebiet nur ein weiteres Mittel sein, in unserer Großstadtbevölkerung die Liebe und Freude an der Natur zu erwecken und zu erhalten.

## Gefahren für die Wochenmärkte.

Die Berliner Marktthändler beschäftigten sich kürzlich in einer öffentlichen Versammlung mit den Gefahren, in denen das Gewerbe in seiner Allgemeinheit schwebt, und protestierten gegen die geplante Einschränkung der zurzeit auf den Wochenmärkten feilgebotenen Gegenstände. Der Referent Brendel betonte in seinem Vortrag, daß die Magistratsvorlage unsere Wünsche zum größten Teil erfüllt. Es hänge von der Stellungnahme des Bezirksausschusses ab, ob sie als Grundlage für die einheitliche Regelung des Marktverkehrs angenommen wird. Der Redner gab auch den Beschluß des Einzelhandelsausschusses der Industrie- und Handelskammer bekannt, nach welchem zusammengenommen Textilwaren jeglicher Art ausgeschlossen werden sollen. Auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Marktverkehrs übergehend, betonte der Redner, daß wir als Marktthändler genau dieselbe Existenzberechtigung haben wie das sonstige Gewerbe, daß das Marktgewerbe ebenso ein Volksgewerbe im Sinne des Wortes darstellt wie jedes andere, und forderte die Erschließung auf, tatkräftig an der Erhaltung ihrer Existenz durch Zusammenwirken im Reichsverband ambulanten Gewerbetreibender mitzuwirken. Nach kurzer Aussprache gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der es heißt: „Die am 22. November 1927 versammelten Berliner Wochenmarktthändler protestieren ganz entschieden gegen jegliche Einschränkung der Berliner Wochenmärkte, gleichviel in welcher Form. Durch Einschränkungen werden viele tausend kleine Händlerexistenzen vernichtet, und es ist in der augenblicklichen Zeit unmöglich, sich eine neue Existenz zu schaffen. Die Berliner Marktthändler unter-

# Stand der Infektionskrankheiten.

## Zu Befürchtungen kein Anlaß.

Über den Stand der Infektionserkrankungen in Berlin erfahren wir vom zuständigen Dezernenten des Polizeipräsidenten, Ministerialrat Dr. Lustig, Einzelheiten, die erkennen lassen, daß kein Grund zu besonderer Beunruhigung vorliegt.

Bei den Diphtherieerkrankungen ist allerdings gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung der Fälle um etwa 100 Prozent festzustellen. Der Verlauf der Einzelkrankungen ist schwerer als sonst, auf hundert Erkrankte kommen etwa zwölf Todesfälle. Es wäre aber verfehlt, trotzdem von einer besonders schweren Epidemie zu sprechen, weil in den Jahren 1922/23 ein ähnlicher Verlauf der Erkrankungen festzustellen war. Im Jahre 1923 kamen sogar, auf ganz Preußen berechnet, 13 Todesfälle auf hundert Erkrankungen. Im September war ein besonderes Ansteigen der Diphtheriefälle zu beobachten; die Zahlen sind dann aber ständig gefallen, so daß gegenwärtig kein Grund zu besonderer Beunruhigung vorliegt.

Was die Schließung einiger Schulklassen anbetrifft, so ist hier festzustellen, daß die gelegentliche und kurzfristige Schließung einiger Schulklassen im großen Berlin nichts besagen will, da insgesamt 12 000 Klassen vorhanden sind. Die Anordnung zu einer Klassen-schließung trifft der Leiter der Schule, der sich vorher mit dem Kreisarzt und dem zuständigen Schularzt in Verbindung setzen muß. Selbstverständlich besagt eine Schulklassen-schließung an sich noch nichts. Sie ist eine vorbeugende Maßnahme, die schon bei einigen wenigen Erkrankungsfällen vorzuziehen ist, um die Ausbreitung der Diphtherie unter den Kindern eine größere als die normale Verbreitung zu verhindern. Bei den zuständigen Stellen wird demgegenüber die Wohnung als das größere Übel angesehen, da durch sie die Bekämpfungsmöglichkeiten ganz erheblich mehr erschwert werden als durch die Verhältnisse in den Grundschulen. Da, wo die Wohnungsnot am größten ist, erweisen sich auch immer die angeordneten Bekämpfungsmöglichkeiten am unwirksamsten. Eine gesunde Wohnungsverhältnisse ist das beste Mittel zur Verhütung von Infektionskrankheiten. Interessant ist die Bestimmung des noch heute geltenden Gesetzes zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten aus dem Jahre 1905, das die Unterbringung der an Diphtherie erkrankten Kinder in ein Krankenhaus nur mit Zustimmung der Eltern möglich macht. Sobald nämlich nach Ansicht des behandelnden oder des beauftragten Arztes die Wohnung eine Unterbringung des Erkrankten sicherstellt, liegen der Unterbringung in ein Krankenhaus große Hindernisse im Wege.

Eine große Rolle bei der Verbreitung der Infektionskrankheiten spielen die sogenannten Bazillenträger. Das sind die Leute, die Krankheitserreger herbergen, ohne selbst krank zu sein. Sie verbreiten die Krankheitserreger im Gedränge der Verkehrsmittel, auf der Arbeitsstelle, in der Familie und überall da, wo Menschen mit ihrem Hauch und mit ihren Absonderungen aus Nase und Mund in Berührung kommen. Bei gebührender Vorsicht könnte manche Krankheitsübertragung verhindert werden.

Auch für Scharlach besteht die Anzeigepflicht. Die Erkrankungen haben ebenfalls gegenüber dem Vorjahre um 50 Prozent zugenommen, dagegen ist der Krankheitsverlauf leicht. Auf hundert Erkrankten kommen nur 0,7 Todesfälle. Während früher Scharlach allgemein als eine relativ schwere Krankheit galt, ist gegenwärtig festzustellen, daß eine Erkrankung besonders bei Kindern oft gar nicht bemerkt wird. Zufällig entdeckt manchmal der Schul-

arzt bei der Untersuchung der Kinder, deren Haut sich abschuppt, überhaupt erst eine überstandene Erkrankung an Scharlach. Die Kinder gehören nicht zu den ansteigenden Krankheiten. Trotzdem müssen aber in Schulen festgestellte mosekrankte Kinder isoliert und entsprechende Schutzmaßnahmen getroffen werden. Die kürzlich von den Zeitungen vermerkten Ruhrerkrankungen in den Anstalten der Stadt Berlin in Buch haben sich als sehr leicht erwiesen. Alle Vorsichtsmaßnahmen sind getroffen worden, das Mädchen- und das Pflegepersonal wurde untersucht und als gesund befunden.

Im Allgemeinen kann gesagt werden, daß die Beunruhigung in der Bevölkerung zum größten Teil durch die sensationell hervorgerufenen Meldungen gewisser Zeitungen hervorgerufen und verstärkt wurde. Diese unnötigen Befürchtungen erschweren selbstverständlich die Abwehrmaßnahmen, so daß also doppelter Schaden angerichtet wird.

## Impfung bei Diphtherie und Scharlach.

### Versuche in Kranken- und Waisenhäusern.

Am 29. November wurde im preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt in einer Sitzung des Landesgesundheitsrates mit Rücksicht auf die zu beobachtende Zunahme der Erkrankungen an Diphtherie und Scharlach über besondere Bekämpfungsmöglichkeiten dieser Krankheiten beraten. Der Landesgesundheitsrat war, wie der „Allgemeine Preussische Pressedienst“ mitteilt, einstimmig der Ansicht, daß die prophylaktische Impfung diphtherieempfindlicher Kinder in einem hohen Prozentsatz einen für längere Zeit wirksamen Schutz gegen Diphtherie verleiht, und hat die weitgehende Anwendung dieser Schutzimpfung besonders empfohlen. Die Impfung, die bei Verwendung staatlich gepulveter Impfstoffe und bei sorgfältiger Ausführung vollkommen ungefährlich ist, ist möglichst schon am Ende des ersten Lebensjahres vorzunehmen. Eine prophylaktische Schutzimpfung für alle Kinder in Preußen erscheint zwar aus verschiedenen Gründen nicht angängig, dagegen sollten freiwillige Schutzimpfungen gegen Diphtherie in möglichst großem Umfang ausgeführt werden.

Hinsichtlich des Scharlachs war der Landesgesundheitsrat der Ansicht, daß zwar eine allgemeine Empfehlung der allgemeinen Schutzimpfung mit Impfstoff noch nicht erfolgen könne, daß aber gegen ihre versuchsweise Anwendung, insbesondere in geschlossenen Anstalten (Krankenhäusern, Kinderheimen, Kindergärten, Fürsorgeanstalten, Waisenhäusern und dgl.) keine Bedenken beständen, sofern der Impfstoff staatlich gepulvert sei und bei der Impfung nach den in den amtlichen Belehrungen niedergelegten Erfahrungen vorgegangen werde. Ebenfalls beständen Bedenken gegen die Anwendung von Scharlachkonvaleszenten- und Serum von Erwachsenen zu prophylaktischen Zwecken unter Benutzung der nötigen Vorsichtsmaßnahmen sowie gegen die prophylaktische und therapeutische Anwendung von an Tieren gewonnenen Scharlachserum.

Da der Landesgesundheitsrat ausdrücklich von einer allgemeinen Scharlach-Schutzimpfung nichts wissen will, sonst aber ihre versuchsweise Anwendung in Krankenhäusern, Kinderheimen, Waisenhäusern und dgl. empfiehlt, so sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß sich die Impfgegner gerade gegen dieses verlockende Impfen von Erwachsenen und besonders aber von Kindern wenden.

stügen soll und ganz die vorliegende Vorlage des Berliner Magistrats und ersuchen alle amtlichen Stellen, insbesondere den Bezirksausschuß von Berlin, diese den Wochenmarktthandeln einheitlich regulierende Vorlage im Interesse der Allgemeinheit anzuerkennen.“

## Köpenickdiade in Köpenick.

In Köpenick wird ein Flugblatt, unterzeichnet vom Reichsverband deutscher Rieger, verbreitet, worin angeklagt wird, daß am 5. Dezember in einer Mieterversammlung neben dem kommunistischen Abg. Höflein für die Sozialdemokratische Partei der Reichstagsabgeordnete Künzler und noch ein Abgeordneter der demokratischen Partei sprechen werden. Dazu ist zu bemerken, daß Genosse Künzler ebenfalls aufgefordert ist, in dieser Versammlung zu sprechen, wie er selbst die Zeitung behauptet hat, es zu tun. Von seiner angeblichen Absicht, in Köpenick zu sprechen, hat er erst aus dem Flugblatt erfahren. Das Flugblatt verläßt außerdem, den Anschein zu erwecken, als jungierten die Sozialdemokratische Partei, die Gemeindefreien und das Reichsbanner — neben den „Roten Frontkämpfern“ — als Mitinhaber dieser Versammlung. Im ganzen handelt es sich um einen Versuch, unter falschen Vorspiegelungen die Köpenicker in eine Höllein-Versammlung zu locken, also um ein regelrechtes Schwindelnummer, um eine richtige kommunistische Köpenickdiade.

## Falsche Münzmarken in Umlauf!

In Berlin ist in den letzten Tagen eine Nachahmung der Silbermünzen zu 3 Reichsmark mit der Jahreszahl 1927 und dem Münzzeichen A aufgekauft. Bisher sind erst wenige Stücke angefallen worden, doch wird besonders den Geschäftleuten Vorsicht empfohlen, da die Fälscher die Nachahmungen bei kleinen Einkäufen in Zahlung geben. Die Fälschstücke sind an ihrer unvollkommenen, unregelmäßigen, an einzelnen Stellen sogar schiefstehenden Randriefelung zu erkennen. Wenn man ein echtes Stück auf ein solches legt, so daß Rand auf Rand zu liegen kommt, so tritt der Unterschied in der Randriefelung am deutlichsten hervor. Die Fälschstücke sind auch fast fünf Gramm leichter als die echten Stücke, die, abgesehen von kleinen, nach Milligramm rechnenden Abweichungen, 25 Gramm wiegen. Rittelungen, die zur Aufdeckung der Fälscherwerkstatt führen können, sind an Kriminalkommissar von Liebermann, Alte Leipziger Straße 16, zu richten.

## 3 Winterposten der Züge zu Weihnachten.

Die Reichsbahndirektion Berlin hat in der Hoffnung, daß die Witterungsverhältnisse in den Bergen zu Weihnachten die Ausübung des Schneepfortes gestatten werden, folgende drei Sonderzüge 4. Klasse zu ermäßigten Preisen vorgegeben: Nach dem Riesengebirge: Hinfahrt am 25. Dezember 8.20 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße, Rückfahrt am 27. Dezember, Abkunft in Berlin (Stadtbahn) gegen Mitternacht. Fahrkarten werden ausgegeben nach Hirschberg, Oberschreiberhau und Krummhübel, die zurück von diesen Stationen gehen, außerdem Karten nach Oberschreiberhau, die zur Rückfahrt von Krummhübel, und Karten nach Krummhübel, die zur Rückfahrt von Oberschreiberhau gelten. — Nach dem Harz: Hinfahrt am 25. Dezember 7.45 Uhr vom Potsdamer Bahnhof, Rückfahrt am 27. Dezember, Abkunft in Berlin, Potsdamer Bahnhof, um 23.55 Uhr. Fahrkarten werden ausgegeben nach Wernigerode oder Ilfenburg, nach Bad Harzburg oder Goslar, nach Blankenburg und nach Schierke oder Glend. — Nach Rügen: Hinfahrt am 25. Dezember 16.05 Uhr vom Anhalter Bahnhof, Rückfahrt von München am 2. Januar 9.10 Uhr, Abkunft in Berlin um 22.34 Uhr. Fahrkarten werden nur nach München ausgegeben. Der Sonderzug trifft in München so rechtzeitig ein, daß die ins Gebirge fahrenden Frühzüge erreicht werden. Es werden nur Fahrkarten 4. Klasse für Hin- und Rückfahrt

ausgegeben. Sowohl auf der Hin- als auch auf der Rückfahrt müssen die Sonderzüge benutzt werden. Mit dem Verkauf der Fahrkarten wird Mitte Dezember bei dem jeweiligen Abgangsbahnhof des Sonderzuges und bei den vier Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebureaus (Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Friedrichstraße, Kaufhaus des Westens und Unter den Linden 57-58) begonnen werden. Nähere Angaben werden die im Laufe der nächsten Woche erscheinenden Bekanntmachungen auf den Bahnhöfen enthalten.

Sonderzüge mit Ferienpostencharakter, zu denen Fahrkarten mit einer Geltungsdauer von zwei Monaten ausgegeben werden, die auf der Rückfahrt für alle Züge gelten, werden nicht gefahren.

## Zusammenstoß zwischen Auto und D-Zug.

### Zwei Automobilisten getötet, drei Bahnbeamte verwundet.

Halle a. d. Saale, 2. Dezember. Heute vormittag überfuhr der D-Zug 24 Berlin—Bitterfeld—Leipzig an einer bewachten, aber offenen Schranke bei Muldenstein ein Lastauto. Das Auto wurde vollkommen zerstört, der Fahrer und sein Begleiter getötet. Beide Lokomotiven des D-Zuges wurden durch die Explosion des Benzintanks des Autos stark beschädigt, ein Heizer schwer, ein Lokomotivführer und ein Heizer leicht verletzt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, die Schuld trifft vermutlich den Schrankenwärter. Es handelt sich um das Tankautomobil einer Benzinstwa. Die haushoch aus dem brennenden Auto emporfliegenden Flammen gefährdeten eine Ziehlung auch die Fahrgäste des D-Zuges. In den umliegenden Häusern gingen sämtliche Fenster scheiben in Trümmer. Die Mannschaften eines vom Bahnhof Bitterfeld entsandten Hilfszuges sorgten für die Beileidigung der Trümmer. Der Berliner D-Zug konnte seine Fahrt mit einer Verspätung von mehr als einer Stunde fortsetzen.

## Grünflächenpolitik der Bodenspekulanten.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 24. November hat einen Ausschuß von 17 Mitgliedern gewählt, der die Grünflächenpolitik der Stadt Berlin entscheidend beeinflussen wird. Der Ausschuß wird am 1. Dezember zum ersten Mal zusammen treten und sich mit dem Dringlichkeitsantrag Gabel beschäftigen: das Gelände rechts und links der Volkshöhne (am Bülowplatz), das sich bereits im Besitz der Stadt befindet, zu einer Dauergrünfläche, gleichsam Parkanlagen, schleunigst auszugestalten und für diesen Zweck noch einige der anliegenden unbebauten Grundstücke zu erwerben.

Man wird jede Erweiterung der Grünfläche im Innern der Stadt, die so sehr richtig als „Lungen der Weltstadt“ bezeichnet werden, gutheißen können. Die freundliche Zustimmung des vorkommlichen Stadtverordneten Hattenleben zu dem kommunistischen Antrag sollte jedoch unsere Genossen nachdenklich machen. Hattenleben befürwortete nicht nur den kommunistischen Antrag mit überragender Lebhaftigkeit, er verknüpfte damit den dringenden Wunsch, daß die übrigen in Privatbesitz befindlichen Grundstücke endlich bebaut werden möchten. Die dahinterliegende Absicht wurde noch deutlicher durch seinen Hinweis darauf, daß durch die Niederlegung der Häuser in der Neuen Königstraße und in der Landsberger Straße die Bebauung des Bülowplatzes mit Wohnungen und Geschäftsläden besonders dringlich geworden sei, und daß, wenn man nun dort zu bauen begünne, sicherlich manche der Schadenertraglosen, die von den Anliegern der beiden niedergelegten Straßen angestrengt werden sind, zurückgezogen würden. Die Augen leuchten. Die ganz schlaue Bodenspekulation



# Reichsbahn und „Röhler“ glaube.

Glänzende Lage. — Dunkler Pessimismus. — Gefährliches Zusammenspiel.

Die deutsche Öffentlichkeit glaubte lange Monate berechtigt zu sein, die Lage der Reichsbahn für ungewöhnlich gut, ja für glänzend zu halten. Jeder Monat brachte Ueberschüsse; allein in den ersten drei Vierteljahren betrug ihr Gewinn über 200 Millionen Mark, ungerundet einen Betrag von über 70 Millionen Mark, der formell der gesetzlichen Reserve überliefert wurde, tatsächlich aber ebenfalls dem Gewinn zuzurechnen ist. Rechnet man diesen Betrag mit ein, so läßt sich unschwer für das Jahr 1927 ein Reingewinn von annähernd 400 Millionen voranschauen. Demgegenüber versichert jetzt auf einmal die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, ihre Lage sei ernst, nur mit Mühe könne sie eine Tarifierhöhung vermeiden, Lohnerhöhungen müßten jedoch zwangsläufig zu Tarifierhöhungen führen.

Solange die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft besteht, hat sie stets einem schönen und ehrenwerten Pessimismus gehuldigt. Diese Taktik legt sie auch jetzt fort. Aber in diesem Jahre ist besonders interessant

## die Begründung ihres Pessimismus.

Neben den laufenden Ausgaben der Reichsbahn nimmt sie, wie jedes andere industrielle Unternehmen, alljährlich erhebliche Investitionen (Neuanlagen) vor. Sie betragen im Vorjahr rund 400 Millionen Mark und dürften in diesem Jahr kaum hinter diesem Betrag zurückbleiben. Es besteht sogar Grund zu der Annahme, daß sie eher etwas höher sein werden. Unsere Forderung an öffentliche Unternehmungen ist eine Politik der **Kaufkraftverteilung** je nach dem Stande der Konjunktur. Die Reichsbahn verfährt genau umgekehrt. Im Krisenjahre 1926 mußte sie durch den Druck der öffentlichen Meinung gezwungen werden, Aufträge an die schlecht beschäftigte Industrie zu vergeben, obwohl die große Arbeitslosigkeit das dringend erscheinen ließ. Im Jahre 1927, dem Jahr der Hochkonjunktur, vergab sie rüchlos an Aufträgen, was legend möglich war.

Grundlag aller Finanzierung solcher Investitionen bei gemeinnützigen Unternehmungen ist, daß sie nicht aus laufenden Mitteln gedeckt werden sollen. So sollte auch die Reichsbahn auf den Anleihemarkt gehen, um ihre Anlagen zu finanzieren, d. h. von den ihr verbleibenden Vorzugsaktien im Betrage von 1119 Millionen Mark einen Teil zur Deckung ihrer Investitionen verkaufen. Als die Lage des amerikanischen Emissionsmarktes günstig war, im Frühjahr, wäre dies der Reichsbahn ein leichtes gewesen. Der Zustimmung der Reichsbank oder des Reichsfinanzministeriums bedurfte es für sie nicht, da für die Vorzugsaktien eine Befreiung von der Kapitalertragssteuer nicht in Frage kommt.

Dennoch deckte die Reichsbahn vorläufig ihre Anlageausgaben aus den laufenden Einnahmen, und ihre Ausgabenüberschüsse reichten bis in den September hinein reichlich zur Deckung dieser Ausgaben aus. Erst im September mußte sie auf ihre überreichlichen flüssigen Reserven zu diesem Zweck zurückgreifen. Im Sommer wäre es ihr noch immer möglich gewesen, den amerikanischen Markt in Anspruch zu nehmen. Sie nahm davon Abstand. Jetzt, nachdem der Reichsbankpräsident Dr. Schacht den amerikanischen Emissionsmarkt für deutsche Anleihen verdoorn hat, erachtet die Reichsbahn ihren Anleihebedarf und erklärt, sie könne ihn nunmehr nicht befriedigen und müsse daher nicht nur in diesem, sondern auch im nächsten Jahr ihre Neuanlagen aus laufenden Mitteln bestreiten. Obendrein versichert sie dem deutschen Publikum auch noch an einigen Stellen der bürgerlichen Presse,

der Reparationsagent lasse eine Ausgabe weiterer Vorzugsaktien nicht zu!

Demgegenüber wollen wir darauf hinweisen, daß der Reparationsagent mit einer solchen Stellungnahme gegen die Vorschriften des Dawes-Planes verstoßen würde. Dieser sieht ausdrücklich die Schaffung von Vorzugsaktien zur Finanzierung der Reichsbahn-

investitionen vor. Er läßt darüber hinaus auch noch die Möglichkeit weiterer Anleiheaufnahme offen. Seine Schöpfer haben gewiß nicht daran gedacht, daß es der Reichsbahn schon in den ersten beiden Jahren möglich sein würde, weit über zwei Drittel ihres Anlagezuwachses aus laufenden Mitteln zu bestreiten, wie es geschah, und noch viel weniger daran, sie direkt zu zwingen, wie es das Emissionsverbot des Reparationsagenten bewirken würde, vom dritten Geschäftsjahr ab die Mittel für den Anlagezuwachs ausschließlich den laufenden Einnahmen zu entnehmen.

Die Reichsbahn scheint aber auffälligerweise diese Verletzung des Dawes-Planes ruhig hinzunehmen, und die Reichsregierung verzichtet anscheinend darauf, mit Nachdruck für die Einhaltung der geschlossenen Verträge Sorge zu tragen. Oder wollen Reichsbahn und Reichsregierung gemeinsam die finanzielle Lage der Reichsbahn der Öffentlichkeit möglichst ungünstig erscheinen lassen? Wollen sie daher, daß das Gerücht über die ablehnende Stellungnahme des Reparationsagenten verbreitet wird, ohne daß es die tatsächliche Haltung des Agenten richtig wiedergibt? Darüber muß Klarheit geschaffen werden.

## Weil Lohnerhöhungen unerwünscht sind . . .

Die Reichsbahn hat an der Verbreitung dieses Gerüchts ein Interesse. Ihr pessimistisch frisiertes Kommuniqué über ihre Finanzlage weist darauf hin, daß wegen der Uebernahme der Investitionen auf die laufende Rechnung Lohnerhöhungen unmöglich seien! Aber auch die Reichsregierung ist an dieser Auffassung interessiert. Nachdem Herr Dr. Röhler einen Teil der Reserven des Reichshaushalts vertan hat, ist er auf der Suche nach neuen Mitteln, die unter anderem ja auch dazu herhalten sollen, die Entlastung der schwer bedrückten Vermögenssteuerzahler und den Abbau der Einkommensteuer zu ermöglichen. Er ist auf den Gedanken gekommen, hierfür die Reichsbahn in Anspruch zu nehmen. Sie soll ihm Vorzugsaktien, die das Reich seinerzeit übernommen hat, abkaufen und außerdem die Kredite, die das Reich ihr gewährt hat, zurückzahlen. Auf diese Weise will er seinen Etat balancieren, nachdem es ihm an der notwendigen Energie gefehlt hat, den Verwaltungsaufwand der Reichs- und Länderbehörden wirksam zu droffeln.

Statt daß der Reichsbahn neues Kapital zugeführt würde, soll ihr also noch Kapital entzogen werden. Das will man anscheinend auf dem Rücken der Eisenbahnarbeiter tun. Sie sollen auf ihre Lohnforderungen verzichten, damit Herr Röhler seine verfehlte Steuerpolitik treiben und trotzdem die bayerischen Finanzwünsche auch weiterhin erfüllen kann. Ist das nicht vielleicht der wahre Hintergrund der angeblichen Stellungnahme des Reparationsagenten?

## Die Verantwortlichen sollen ihre Pflicht tun!

Die Lage der Reichsbahn ist glänzend. Aber sie hat eine verfehlte Finanzierungspolitik getrieben. Aber auch jetzt ist sicherlich eine Begehung von Vorzugsaktien möglich, wenn die Reichsbahn und die Reichsregierung auf ihrem öffentlichen Recht bestehen und der Reichsbankpräsident, wie es seine Pflicht als deutscher Staatsbürger ist, sich für diese Emission einsetzt. Dann aber ist für die Reichsbahn ein Entgegenkommen in der Lohnfrage ohne weiteres möglich.

Schließlich aber wird im Notfall der Reichsfinanzminister darauf verzichten müssen, seine Steuerpläne auf dem Rücken der Eisenbahnarbeiter durchzuführen. Er braucht den Rücklauf der Vorzugsaktien nicht, wenn er die vorhandenen Steuerquellen gerecht ausschöpft. Die 100 Millionen Mark, die diese Transaktion der Reichsbahn kosten soll, würden mehr als anreichend sein, um eine Lohnerhöhung im Ausmaß der vorjährigen zu ermöglichen.

England hin nötig. Für Deutschland ist das Geschäft deshalb wichtig, weil Rußland jetzt wachsende Aussicht bekommt, als Konkurrent Deutschlands auf dem amerikanischen Kapitalmarkt aufzutreten, ein Recht, den Deutschland bei der Aufnahme späterer Anleihen noch spüren wird. Im übrigen ist auch Deutschland an diesem Geschäft nicht unerheblich beteiligt. Der Ausbau der Eisen- und Stahlwerke soll nämlich zwar mit amerikanischem Geld (man munkelt auch von einer deutschen Garantie dabei) erfolgen, Deutschland soll aber in sehr erheblichem Umfang mit Lieferungen bei diesem Ausbau beteiligt werden.

Nach den Erklärungen des Vorsitzenden im russischen Hauptkonzessionsausschuß soll die Jahresproduktion des neuen Wertes fast 900 000 Tonnen Kohlen betragen; das Wert würde also das größte in Rußland sein. Neue Kohlengruben und Erzkampwerke sollen zur Rohstoffversorgung angelegt und die Ausrüstung des neuen Wertes soll in drei Jahren zu Ende geführt werden. Der 40-Millionen-Dollar-Kredit soll sechs Jahre laufen und später eventuell in eine zwanzigjährige Anleihe umgewandelt werden. Wenn das geschieht, sollen sehr umfangreiche Eisenbahn- und Hafenanbauten sowie Konzessionen zur Errichtung neuer Hütten- und Stahlwerke dieser ersten Transaktion folgen.

## Ein neuer Rekord des Güterverkehrs.

In der Woche zum 19. November hat sich die Wagenstellung der Reichsbahn gegenüber der Vormoche von 166 200 auf 177 900 pro Arbeitstag erhöht.

Tabellarische Uebersicht seit September (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	durchschnittlich pro Arbeitstag
25. 9.— 1. 10.	960,0	859,3
2. 10.— 8. 10.	962,8	880,3
9. 10.— 15. 10.	1007,8	901,9
16. 10.— 22. 10.	988,5	931,4
23. 10.— 29. 10.	1034,9	950,0
30. 10.— 5. 11.	970,8	900,8
6. 11.— 12. 11.	997,4	943,2
13. 11.— 19. 11.	889,5	848,4

Diese Güterverkehrsziffer in der dritten Novemberwoche ist gewaltig. Sie erklärt sich zum großen Teil aus den starken Bestellungen, die für das Weihnachtsgeschäft erfolgen. Die Steigerung bestätigt, daß bis zur dritten Novemberwoche die Schwankungen im Güterverkehr, die vorher zu verzeichnen waren, noch nicht als die Vorböden einer Verschlechterung der Konjunktur anzusehen waren. Die 177 900 Wagen arbeitstägig sind ein Rekord, den wohl niemand erwartet hat. Er liegt noch mit über 8000 Wagen höher als die entsprechende Ziffer des vorigen Jahres, obwohl im vorigen Jahr das Weihnachtsgeschäft noch durch die großen Kohlenausfuhrer verstärkt wurde, da die dritte Novemberwoche des vorigen Jahres den stärksten Höhepunkt des englischen

Bergarbeiterstreiks bedeutete. In den Kräfte der deutschen Konjunktur liegt es also wahrscheinlich nicht, wenn bald Störungen eintreten sollten. Verantwortlich für diese Störungen sind die höchsten Herren in Deutschland, die unpersonarliche Politik machen.

## Die deutschen Reparationslasten.

Nach dem Dawes-Plan werden Deutschlands Reparationszahlungen bis zum 31. August 1928 gewissermaßen als Einleitung zu den normalen Reparationszahlungen angesehen. Denn die normalen Jahre beginnen erst am 1. September 1928, und als erste Normaljahr läuft bis zum 31. August 1929. In dem Normaljahr hat Deutschland den festen Betrag von 2500 Millionen Mark und außerdem eventuell noch einen Zusatzbeitrag zu zahlen, der auf Grund des im Dawes-Plan vorgesehenen Wohlstandsindezes in jedem Jahre in vorgeschriebener Weise erst besonders errechnet werden muß.



Der festgelegte Normalbetrag von 2500 Millionen Mark setzt sich aus drei Posten zusammen: 1540 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt Deutschlands, 660 Millionen Reichsbahnreparations-Schuldverschreibungen und 300 Millionen Mark Industrieobligationen. Da zur Sicherung der Reparationsleistungen Deutschland seine Einnahmen aus Verbrauchsteuern und Zöllen verpfändet hat, so erfolgen die Zahlungen beim Reparationsagenten in der Weise, daß derselbe aus den verpfändeten Einnahmen Deutschlands monatlich (soviel für sich abrechnet, um ein Zehntel der Jahresverpflichtung aus dem Reichshaushalt abzudecken. Nach dem Dawes-Plan hat Deutschland bis zum 20. eines jeden Monats die verpfändeten Einnahmen dem Reparationsagenten zur Verfügung zu stellen.

Die auf Grund des Wohlstandsindezes zu zahlenden Beträge sollen alljährlich verrechnet werden, wobei sechs Faktoren berücksichtigt werden müssen: die Gesamtsumme der Ein- und Ausfuhr, die Einnahmen und Ausgaben des Haushalts, abzüglich der Jahreszahlungen, das Gewicht der beförderten Gütermengen, der Wert des Verbrauchs an Zucker, Tabak, Bier und Branntwein, die Bevölkerungszahl Deutschlands und der Kohlenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung.

Verfehlte Kohlenwirtschaft — in England wie in Deutschland. Der englische Bergbau hat kein Kohlenmonopol, aber die englischen Unternehmer scheinen von demselben Kaliber zu sein wie die deutschen Bergherren. Es finden gegenwärtig in England Beispielen statt, wie man der allmählich unhaltbar gewordenen Lage verschiedener englischer Kohlenbezugsgebiete abhelfen könne. Die Kohlenbesitzer sehen nach Londoner Meldungen die einzige Möglichkeit einer vorübergehenden Lösung in der Erhöhung der Kohlenpreise für das Inland. Wir Deutsche wundern uns nicht über solche Weisheiten, denn wir sind sie ja von unseren deutschen Unternehmern nur allzu sehr gewöhnt. Allerdings ist auch der Widerstand in England gegen eine Erhöhung der Kohlenpreise außerordentlich stark. Die sehr angesehene „Westminster Gazette“, die sich immer stark für eine vernünftige Rationalisierung des englischen Bergbaues eingesetzt hat, geht sogar soweit, das Publikum im Falle der Kohlenpreiserhöhung zu einem Boykott der verteuerten Kohlen aufzufordern. Sogelund ist der Wirtschaftsstand des englischen Volkes, dem es selbstverständlich ist, daß das Volk sich um die Rationalität der Kohlen nicht zu kümmern braucht, wenn die Zehnherrn die Konsumenten ausbeuten wollen. In Deutschland wurde noch vor wenigen Wochen ein sonst hochangesehener privater Generaldirektor als Landesverräter von der schwerindustriellen Presse gebrandmarkt, weil er den Rat hatte, die deutschen Gaswerke zum Kauf englischer Kohle aufzufordern, wenn die Zehnherrn von der Ruhr die Kohlenbelieferung der Gaswerke erschweren sollten.

Refordproduktion in der toten Saison. Wie auf der Generalversammlung der Vereinigte Fahrzeugwerke A.-G., Redarjum, mitgeteilt wurde, erreichte die Produktion im November, dem sonst stillen Monat des Jahres, Rekordziffern. Die Nachfrage nach dem neuen Motorradring stieg derartig, daß sie nicht befriedigt werden konnte. Zur Erhöhung des Aktienkapitals von 12,5 auf 20 Millionen und Auslegung der Amerika-Anleihe in Höhe von 16 Millionen Mark erklärte der Vorsitzende, daß die neuen Mittel zur Rationalisierungsmitteln und zur Durchführung der Fliehkraft in den Betrieben Redarjum und Heilbrunn verwendet würden. Von den 7,5 Millionen junger Aktien wurden 40 Millionen Mark für die amerikanischen Anleihezeichner zum Umtausch von Obligationen in Aktien zurückgehalten werden.

Die deutsche Grammophonplatte im Ausland. Daß die Schallplattenindustrie trotz des Radio noch sehr gute Absatzmöglichkeiten hat, zeigt die Entwicklung des deutschen Schallplattenexports in diesem Jahre. In den Monaten Januar bis Oktober 1927 wurden etwa 5,5 Millionen Schallplatten für Grammophone im Werte von 7,5 Millionen Mark ausgeführt. Die Steigerung gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres beträgt etwa 2,2 Millionen Platten bzw. 3,1 Millionen Mark. Der größte Abnehmer war, wie in den früheren Jahren, Holland. Bemerkenswert ist die steigende Aufnahmefähigkeit der Türkei und Chinas. Die Türkei führte 1927 bisher aus Deutschland mehr als die vierfache Menge ein als im vergangenen Jahr, während China mit einer halben Million Schallplatten als Abnehmer an zweiter Stelle steht. Auch Deutschlands Einfuhr ausländischer Schallplatten liegt in diesem Jahre von 0,59 auf 0,88 Millionen Stück, jedoch bleibt der Ausfuhrüberschuß dieser Industrie mit rund 6,3 Millionen Mark erheblich über den Stand des Vorjahres.

Neugründung des Steinjal-Syndikates. Am 29. November 1927 haben in einer Gründungsversammlung sämtliche deutsche Steinjal-gewinnenden Werke sich zu einer Verkaufsvereinbarung deutscher Steinjalwerke G. m. b. H. zusammengeschlossen. Die neue Verkaufsvereinbarung mit dem Sitz in Berlin wird am 1. Januar 1928 den Verkauf der von ihren Mitgliedern bergmännisch gewonnenen Salzproduktion für Speltes- und Genußzwecke sowie für gewerbliche und industrielle Zwecke aufnehmen.

## Wechselbalg Beratungsstelle „arbeitet“

Ueber die mit Hilfe Schachts zum Wechselbalg privatkapitalistischer Sonderinteressen gewordene Beratungsstelle des Reichsfinanzministeriums wird gemeldet, daß sie die Rundfrage über den Anleihebedarf der Kommunen vor etwa acht Tagen an die Länderregierungen weitergegeben habe, damit diese die Kommunen zu den entsprechenden Erklärungen auffordern. Man hofft, etwa um den 10. Dezember herum, im Besitz der kommunalen Angaben zu sein. Dann soll, wie gemeldet wird, „mit größter Beschleunigung“ das Material bearbeitet werden. Die normale Tätigkeit der Beratungsstelle wird voraussichtlich erst dann wieder einsetzen können, wenn ein „erster Ueberblick“ über das Material ein ungefähres Bild des Gesamtbildes ergeben hat.

Hoffentlich machen sich die deutschen Kommunen über diese offenbar zur Beruhigung der Gemüter offiziös inspirierte Mitteilung keine Illusionen. Des Wort der Großkapitalisten, die Gemeinden werden keinen Pfennig erhalten, sie, die schweren Industrien, hätten das Geld und die Macht, ist gefallen, und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat in seiner Reichstagsrede bestätigt, daß der Sperre gegen kommunale Auslandsanleihen auch nach seinem Willen noch die Zwangsbewirtschaftung der Kommunen folgen soll. Die kommunalen Verwaltungen werden sich darauf einzustellen haben, daß der Kampf auf lange hinaus hart gegen hart geführt werden muß, und größte Vorsicht in ihren Dispositionen, sowie weite Voraussicht in ihren Entschlüssen sind für die energiegelbe Verteidigung ihrer finanziellen Selbständigkeit zunächst das erste Gebot. Auch durch die schönen Augen Schachts dürfen sich die Kommunen nicht in die Irre führen lassen.

## Amerikanische Hilfe für Rußland.

40 Millionen Dollar — Das größte Stahlwert Rußlands.

Sowjetrußland hat Glück im Unglück. Seine innere Wirtschaftspolitik ist miserabel, seine Außenpolitik ist so, daß es sich bisher die Hilfsquellen des Auslandes verschlossen hat. Aber es kann von den Gegenjahren zwischen England und Amerika und nicht zuletzt auch von den Dummheiten der deutschen Auslandsanleihepolitiker profitieren. Das ist Rußland für den Ausbau seiner Wirtschaft auch zu gönnen.

Nebenfalls scheint das große Anleihegeschäft mit dem amerikanischen Finanzier Farquahr zum Abschluß gekommen zu sein, durch das Rußland die Finanzierung neu zu errichtender Eisen- und Stahlwerke im Ausbaurwert von 40 Millionen Dollar ermöglicht wird, und zwar trotz des Theaterdamers des Washingtoner Staatsdepartements, das nicht so tun darf, als ob es das staatsrechtlich noch nicht anerkannte Rußland unterstütze. Diese Seite ist noch

Kautskys neues Buch.

Ein Hauptwerk des Sozialismus.

Von Adolf Braun.

„Natur und Gesellschaft“ betitelt Karl Kautsky den ersten Band seines bei Dietz erscheinenden großes Wertes über die materialistische Geschichtsauffassung.

Die materialistische Geschichtsauffassung, diese große Streitfrage der Philosophie und des Sozialismus hat bisher nur spärliche Darstellung gefunden. Marx und Engels selbst haben sich wohl von dieser Geschichtsauffassung in all ihren literarischen Werken leiten lassen, aber das, was sie im besonderen über diese Geschichtsauffassung geschrieben haben, läßt sich auf wenige Seiten zusammenfassen.

Auch die Stellung der Sozialdemokraten, ja sogar im besonderen der Marxisten zur materialistischen Geschichtsauffassung hat sich erheblich geändert. Es gab eine Zeit, sie ist ein knappes Menschenalter hinter uns, in der viele Sozialdemokraten wie auch viele Gegner die Anerkennung der materialistischen Geschichtsauffassung als Voraussetzung der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ansah.

Die Anerkennung der materialistischen Geschichtsauffassung soll nicht etwa eine Vorbedingung zur Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei sein, diese Partei muß jedem offen sein, der den Freiheitskampf des Proletariats, den Kampf gegen jegliche Unterdrückung und Ausbeutung mitkämpfen will.

Aus diesen letzten Sätzen spricht die Weisheit des Alters, des Alters, in dem die begeisterte Kampfesfreude für den Sozialismus so lebendig ist, wie sie je war, die aber Unbuddsamkeit und Orthodoxie längst überwunden hat.

Wir wissen, wie viele in unseren Reihen und außerhalb unserer Reihen nur zu oberflächlich von der materialistischen Geschichtsauffassung reden, sie mit und auch ohne Willen umdeuten und ihr dies und jenes, was mit ihr durchaus nicht im Zusammenhang steht, unterchieben und an ihr deuten.

In nicht viel weniger als zweitausend Seiten zeigt uns Kautsky, was die materialistische Geschichtsauffassung ist, welche mannigfache Zusammenhänge sie mit zahlreichen Wissenschaften und vielen Forschungsergebnissen hat.

Das erste Buch des ersten Bandes ist rein philosophisch. Es handelt vom Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung, vom Materialismus und Idealismus, von Gottesglauben und Ethik, in einem besonders großen Abschnitt von Kant, von Theorie und Praxis und von Dialektik.

zu zählen ist, so wird der Erkenntnistheoretiker und Ethiker auch in Kautsky einen Mitforschenden und Mitstrebenden erkennen. Und ebenso werden auch die Psychologen sich mit ihm zu befassen haben.

Weit über die Kreise unserer Partei hinaus wird dieses große Werk anregend und befruchtend wirken. Es wird vielen erst die große Bedeutung des Sozialismus und seine Stellung in der Wissenschaft unseres Jahrhunderts klar machen.

Es ist schwer, ohne oberflächlich sein zu wollen, ein Werk von 890 Seiten den Lesern in einem Zeitungsartikel nahe zu bringen. Man kann nur die Neugierde der Leser reizen, sie veranlassen, aus dem reich fließenden Born dieses Wertes die Bestätigung und Vertiefung dessen zu holen, was ihnen der Sozialismus zur Welt- und Lebensanschauung zur Erklärung des Vergangenen und zur Einsicht in die Entwicklung machte.

Zentrum und Demokraten gegen Schacht.

Die Aussprache über die sozialdemokratische Reichstagsinterpellation zur Wirtschaftspolitik.

Gestern überwies der Reichstag, der um 15 Uhr begann, zunächst den Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuergesetzes dem Steuerausschuß. Dann folgt das Haus die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung fort.

Abg. Cammers (Z.): Die deutsche Wirtschaft kann auf Auslandsanleihen noch nicht verzichten, da wohl der Produktionsumfang der Vorkriegszeit wieder erreicht sei, aber noch ein starker Kapitalmangel herrsche.

Mit Zöllen allein könne der bedenkliche Zustand der Landwirtschaft nicht beseitigt werden.

dauernde Besserung sei nur durch Förderung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen. Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz habe klar gezeigt, wie gefährlich neue Maßnahmen wären, die in der Richtung eines verstärkten Protektionismus liegen.

Jede weitere Steigerung des Preisniveaus müsse zu den schwersten Rückschlägen führen.

Die Rationalisierung habe zwar eine Steigerung der Produktion gebracht, aber es bestehe die Gefahr, daß die Wehrzeugung nur unter größten Schwierigkeiten abgesetzt werden könne. Für das mittelständische Unternehmertum müssen die Genossenschaften die Aufgabe der Rationalisierung und der Produktionsförderung übernehmen, die für die Industrie den Kartellen obliegen.

von Problemen wird man hingelenkt, wenn man sich durch diesen Band mit Ernst und Mühe mit dem starken Erleben, sich seinen geistigen Inhalt zu eigen zu machen, durcharbeitet.

Kautsky hat viele Polemiken in seinem Leben geführt. Scharfe Schwerter wurden da gekreuzt und viele haben es deshalb an Anerkennung für das wissenschaftliche Lebenswerk Kautskys fehlen lassen.

Auch der zweite und abschließende Band von Kautskys „Materialistischer Geschichtsauffassung“, der den Staat und die Entwicklung der Menschheit behandelt und in noch höherem Maße unser Interesse gefangen nimmt, wird in diesen Wochen erscheinen.

ausperrung meint der Redner schließlich, daß durch eine rechtzeitige Aussprache wirtschaftliche Erschütterungen von dieser Art leicht vermieden werden könnten.

Abg. Dauch (D. Sp.) wendet sich gegen die pessimistischen Auffassungen über den weiteren Verlauf der Konjunktur. Von privatwirtschaftlicher Seite sei keine Gefahr zu erwarten, höchstens von finanzpolitischer Seite, besonders von der Finanzpolitik der öffentlichen Hand.

Bei den Schlussausführungen wird dem Redner der Volkspartei von der Linken zugerufen: Machen Sie den Anfang, gehen Sie mit gutem Beispiel voran!

Abg. Dernburg (Dem.): Die Ausführungen des Abg. Dauch können nur dazu beitragen, das Vertrauen des Auslandes zu der deutschen Wirtschaft zu untergraben.

Die Errichtung von Luxusbauten sei immer noch zweckmäßiger, als die zahllosen Erwerbslosen mit öffentlicher Unterstützung auf der Gasse zu lassen.

Am übrigen seien Zweifel an der Güte der deutschen Kommunalanleihen nicht berechtigt. Sie könnten auch die Ausbringung der Leistungen für das Dawes-Abkommen nicht beeinträchtigen.

SALAMANDER

EIN HERVORRAGENDES BEISPIEL FÜR



QUALITÄT
PASSFORM
ELEGANZ

gesetzgebung nicht die notwendige Rücksicht auf die Wirtschaft. Sie trage dazu bei, daß die Produktionskosten und die Preise in die Höhe gehen und die Lebenshaltung verzerren werde. Es müsse in erster Linie bei der öffentlichen Verwaltung Vereinfachung, Ersparnis und Durchsichtigkeit gefordert werden. In die Spitze müsse die Forderung nach dem dezentralisierten deutschen Einheitsstaat gestellt werden. In Deutschland hätten Berufene und Unberufene dazu beigetragen, den wiedererwachenden deutschen Kredit zu untergraben. Alle Zweifel daran, daß Deutschland seinen äußeren Verpflichtungen nicht im vollen Umfange nachkommen würde, müsse an dem guten Ruf der deutschen Wirtschaft zerfallen.

Abg. Koenen (Komm.), der vor fast kerem Hause redet — von seiner eigenen Fraktion sind nur etwa 10 Mann zur Stelle — erklärt, daß die Schmarberrreden der Abg. Rademacher und Dauch zur weiteren Radikalisierung der Arbeiter beitragen würden. Die Sozialdemokraten würden allerdings keinen Nutzen davon haben. Die großen Kämpfe der letzten Zeit hätten unter kommunistischem Einfluß gestanden, aber die Gewerkschaftsfunktionäre seien dabei viel schüchtern aufgetreten, als die zumeist unorganisierten Arbeiter in den Betrieben. Die Unternehmer hätten ihre Gewinne außerordentlich steigern können, trotz Leistungsteigerung der Arbeiter zeige sich die Tendenz zur Senkung der Reallohne. Die Sozialdemokratie habe keine andere Sorge, als die gegenwärtige Konjunktur zu erhalten. Die Gewerkschaften hinderten die Arbeiter daran, die Konjunktur auszunützen. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die Gewerkschaften vorangebracht werden.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) gibt dem Reichsbankpräsidenten Schacht in seiner Beurteilung der Finanzpolitik der Städte recht. Die Zahlen des Dr. Mulert vom Deutschen Städtetag könnten die Wirtschaftspartei in dieser Ueberzeugung nicht erschüttern. Es werde im Reich, in den Ländern und in den Kommunen zwei- bis ausgegeben und zu wenig gerechnet. Nach einem verlorenen Kriege hätten die Kommunen nicht soviel unternehmen dürfen, wie das zum Beispiel Köln getan habe. Der Hang zu Luxusausgaben, der in die Kommunen eingegangen sei, müsse ausgemerzt werden. Der kommunale Gedanke werde weit überspannt. Es dürfe nicht so weitergehen, daß die Mehrheiten in den Stadtverordnetenversammlungen Steuern bewilligen, die sie selbst nicht zu bezahlen brauchen. Die großen Städte hätten bei uns eine Bedeutung gewonnen, die ihren früheren Rahmen zu sprengen drohen. Unter lebhaftem Widerspruch der Linken behauptet der Redner, daß die Auslandsarbeiten von den Städten vielfach so angelegt worden seien, daß sie sich nicht rentieren können. Die öffentliche Finanzwirtschaft sei gegenüber der privaten Wirtschaft überspannt worden.

Um 1 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Sonnabend 13 Uhr.

In der für sofort anberaumten neuen Sitzung beginnt der Landtag mit der ersten Beratung des Entwurfs einer Neuordnung der Kommunalgrenzen im westfälischen Industriegebiet.

#### Innenminister Grzesinski

begründet die Vorlage: Der Entwurf ist nur eine Teillösung, aber die weiteren Veränderungen der Kommunalgrenzen in diesem Industriegebiet, wie in anderen, erfordert noch lange Arbeit. Trotzdem konnte diese Teillösung nicht länger hinausgeschoben werden, weil verschiedene Kommunalverbände, insbesondere der Landkreis Hattingen, finanziell nicht mehr leistungsfähig waren, und die Bevölkerung des betroffenen Gebietes wenigstens zu einer gewissen Arbeit und Sicherheit gelangen mußte. So ergab sich die Notwendigkeit, die Landkreise Hattingen und Bochum zu vereinigen, Hörde in Dortmund einzugemeinden und die Städte Buer und Gelsenkirchen mit der Landgemeinde Horst-Emscher zu einer Stadt Buer-Gelsenkirchen zu vereinigen. Ich hoffe, daß der Ausschuh im Geiste verantwortungsfreudiger Arbeit den Entwurf annehmen wird.

Abg. Benfisch (Komm.): Diese EingemeindungsVorlage geht genau soweit, wie Hugenberg befohlen hat.

#### Abg. Hirsch (Soz.):

Selbst bei einer Vorlage, deren innere Berechtigung sie anerkennen müssen, könnten es die Kommunisten nicht unterlassen, den sozialdemokratischen Innenminister und die Sozialdemokratische Partei zu beschimpfen. In Wahrheit geht die EingemeindungsVorlage gerade so weit, wie die Sozialdemokratische Partei schon im alten Dreiklassenwahlrecht und unmittelbar nach der Revolution gefordert hat. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Vorlage wird dem Gemeindevorstand überwiesen. Ein Gesetzentwurf, der für die Beamten der Gerichtsschreibereien die Dienstbezeichnung Urkundensammler einführt, wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso eine Vorlage, die gewisse, von der Justiz betroffenen dingliche Rechte an landwirtschaftlichen Grundstücken neu regelt. Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Einführung der

#### Öffentlichkeit im Disziplinarverfahren gegen Richter.

Das öffentliche Disziplinarverfahren soll nur dann wieder in ein geheimes verwandelt werden können, wenn nicht die Staatsanwaltschaft widerspricht.

Abg. Dr. Grzymiel (Dem.): Wir wollen mit unserer Zustimmung zu diesem Gesetz nicht aussprechen, daß wir der Staatsanwaltschaft im Beamtenrecht dauernd eine solche Vorzugsstellung einzuräumen wünschen. Wir erlauben auch um eine Anweisung an die Staatsanwaltschaften, von dem Widerspruchsrecht gegen nichtöffentliche Verhandlung nur dann Gebrauch zu machen, wenn ein politisches Interesse die Öffentlichkeit der Verhandlung fordert. Ministerialdirektor Dr. Hartwig gibt im Auftrage des Justizministers die Erklärung ab, daß eine solche Anordnung ergehen wird.

Abg. Dr. Deetberg (Dnat.): Das Vorrecht der Staatsanwaltschaft bedeutet eine Enttötung der Verteidigung und ist für uns unannehmbar.

In der von den Deutschnationalen beantragten namentlichen Abstimmung ergibt sich wiederum die Beschlufunfähigkeit des Hauses, da unter Nichtbeteiligung der Deutschnationalen an der Abstimmung nur zweihundert Karten abgegeben wurden.

Nächste Sitzung Sonnabend, 11 Uhr: Wiederholung der namentlichen Abstimmung, kleinere Vorträge, deutschnationale Interpellationen über die Neuordnung des Studentenrechts.

### Drei aufgehobene Urteile.

#### Aufuhr für die Münchener politische Justiz.

Leipzig, 2. Dezember.

Der erste Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich heute als Revisionsinstanz mit drei Urteilen des Landgerichts I München vom 10. und 17. März sowie 5. Mai gegen insgesamt 16 Mitglieder der kommunistischen Partei zu beschäftigen. Sämtliche Angeklagte wurden wegen Vergehens gegen § 7 Absatz 4 des Republikverfassungsgesetzes zu Gefängnisstrafen bis zu drei Wochen verurteilt, da sie der kommunistischen Partei angehört und am 3. Januar 1927 in München einer Bezirksleitung angehört hätten, die sich mit der Umgestaltung der inneren Organisation und Zellenbildung zu beschäftigen hätte. Daraus folgerte das Landgericht München, daß hier nicht nur Angehörige einer staatsfeindlichen Verbindung, sondern auch Angehörige des inneren Funktionärkörpers, der als besonders staatsgefährlich zu bezeichnen sei, zur Aburteilung ständen.

Der Vertreter der Reichsanwaltschaft stand dagegen auf dem Standpunkt, daß in diesen drei Fällen der innere Tatbestand für die Anwendung des erwähnten Gesetzesparagraphen nicht gegeben bzw. nicht eingehend genug gewürdigt worden sei. Dieser Tatbestand lasse sich nicht lediglich aus dem Umstande herleiten, daß die Verurteilten an einer Versammlung des inneren Funktionärkörpers der Partei teilgenommen hätten. Nach mehrstündiger Beratung schloß sich der erste Strafsenat diesen Auslegungen an, hob das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Revisionsinstanz.

# Weitere Obstruktion im Landtag.

## Rechtsparteien und Kommunisten verhindern die Abstimmung wichtiger Vorlagen.

Der eigentliche politische Inhalt der gestrigen Landtagsitzung, die sonst in der Hauptsache Kleinarbeit zu leisten hatte, lag in der planmäßigen Fortsetzung der deutschnationalen Obstruktion. Die wiederholten Abstimmungen über die ersten Paragraphen der Landgemeindevorlage zeigten Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Kommunisten Arm in Arm bei der passiven Resistenz; alle Parteien der Opposition gaben bei der Abstimmung keine Karten ab. Da die Regierungsparteien nur über 225 von 450 Stimmen verfügten, also allein die Beschlufunfähigkeit niemals herbeiführen können, sind damit die Sitzungsordnung und Landgemeindevorlage endgültig gescheitert. Als Ersatz vereinbarten gestern die Regierungsparteien einen gemeinsamen Entwurf zu einem Notgesetz. In dieser kurzen Vorlage werden nur die Gutsbezirke besetzt, gewisse Erleichterungen für Eingemeindungen geschaffen und die Stellung der rätelnischen Gemeindevorsteher nach dem Muster der westfälischen Landgemeindevorlage gegeben. Dieses Notgesetz wird zu Beginn der nächsten Woche die erste Lesung im Landtag passieren. Die Kommunisten haben die Erklärung abgegeben, daß sie eine Obstruktion gegen dieses Notgesetz nicht mitmachen würden. Bleiben sie dabei, dann muß es gelingen, dieses Notgesetz nach vor Weihnachten in allen drei Lesungen zu erledigen und damit die Sicherheit zu schaffen, daß die Bewohner der bisherigen Gutsbezirke an den Kommunalwahlen in Preußen im nächsten Frühjahr teilnehmen können.

Die deutschnationale Obstruktion, die sich bisher nur gegen die Städte- und Landgemeindevorlage ausgewirkt hatte, wurde aber in der gestrigen Sitzung auch auf das Gesetz ausgedehnt, das die Öffentlichkeit der Verhandlung bei Disziplinervergehen von Richtern einführen will. Dieser neue Akt der Obstruktion war eine Ueberraschung und gelang daher, weil am Schluß der Sitzung das Haus schwach besetzt war, obwohl sich diesmal Kommunisten und Deutsche Volkspartei an der Abstimmung beteiligten. Die Abstimmung muß wiederholt werden, und es ist anzunehmen, daß, wenn auch nicht am Sonnabend, so doch am nächsten Dienstag die Vorlage endgültig Gesetzkraft erlangt.

Der Landtag wird sich aber fragen müssen, ob es 3 we d hat, noch länger zusammen zu bleiben, wenn aus jedem beliebigen Anlaß die Deutschnationalen Obstruktion treiben und das Haus beschlufunfähig machen.

In der Freitagssitzung des Preussischen Landtages gab es zunächst eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Dr. Hamburger (Soz.) hat, die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Erziehung eines Oberlandesgerichts in Preußen von der Tagesordnung abzulehnen, da für die Sozialdemokraten die politischen Voraussetzungen für ihre Zustimmung noch nicht gegeben seien. Das Haus erklärt sich damit einverstanden.

Abg. Bied (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung die sofortige Behandlung der kommunistischen Anträge gegen die Beratungen des Wohlfahrtsministers zum Abbau des Mieterschutzes und Vöderung der Wohnungszwangswirtschaft. Da Abg. Ladenboeck (Wirtschaftsp.) widerspricht,

kann dem Verlangen der Kommunisten nicht stattgegeben werden.

Abg. Dr. Abner (Doll.): Wir beantragen, daß der Femeunterforschungsausschuh feststellt, weshalb die Staatsanwaltschaft noch immer nicht gegen die Verleumder des Abg. Wille vorgegangen ist. Trotz aller Verleumdungen durch den pathologischen Lügner Grütle-Weber und trotz seiner wiederholten Anträge, vor dem Femeunterforschungsausschuh vernommen zu werden, ist diesem Verlangen bisher nicht entsprochen worden. Wir beantragen, diesen Gegenstand als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Die Sozialdemokraten widersprechen. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag der Wälfischen erledigt.

Abg. Benfisch (Komm.) verlangt sofortige Behandlung eines kommunistischen Antrages, der sich gegen angebliche Mißwirtschaft bei der Essener Schupo wendet, in der sich Ehebrecher, Urkundenfälscher usw. befinden. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung und verhindert die Verlesung des Antrages, der von ihm bereits wegen schwer beleidigender Ausdrücke beanstandet sei.

Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein und überweist nach kurzer Beratung einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Brückengelder für Kraftfahrzeuge an den Verkehrsausschuh. Es folgt die erste Lesung des Entwurfs eines

#### Landesrentenbankgesetzes.

nach dem zur Förderung landwirtschaftlicher Siedlungen eine „Preussische Landesrentenbank“ errichtet werden soll.

Abg. Welfermet (Dnat.) hält die Gründung einer solchen Bank für dringend notwendig. Für Verbesserungen der Vorlage müsse der Ausschuh sorgen.

Abg. Stendel (D. Vp.) ist der Auffassung, daß die Siedlungstätigkeit mit allen Mitteln gefördert werden muß. Ob das durch die Vorlage in dem gewünschten Umfange gelinge, sei zweifelhaft. Vor allem seien sichere Kreditverhältnisse für Landwirtschaft und Siedler notwendig.

#### Abg. Hartleib (Soz.):

Wir haben keine Veranlassung, im Interesse der Siedler die Schaffung landwirtschaftlicher Siedlungen rein parteipolitisch zu behandeln. Die Sozialdemokraten haben sich jedenfalls bisher mit aller Energie für die Schaffung von landwirtschaftlichen Siedlungen eingesetzt. Die Deutschnationalen sind durchaus nicht berechtigt, sich als besonders siedlungsfreundlich zu bezeichnen, denn das Verhalten des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes, der in der deutschnationalen Fraktion seine politische Interessenvertretung erblickt, hat nach mehr als einer Richtung hin der Schaffung von lebensfähigen Siedlungen Schwierigkeiten bereitet. (Sehr wahr! links.) Zurzeit gestaltet sich die Schaffung von Siedlungen deshalb schwierig, weil die Beschaffung von Krediten nur zu verhältnismäßig hohen Kosten möglich ist. Dadurch wird ihre Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt. Es muß Wert darauf gelegt werden, daß für die Siedlungsbetriebe nur ertragreicher Boden zur Verfügung gestellt wird, der die Wirtschaftlichkeit gewährleistet. Im übrigen ist den Siedlern nicht mit Reden gedient. Soweit es an uns liegt, werden wir im Ausschuh dafür sorgen, daß praktische Arbeit geleistet wird. (Brauu! bei den Soz.)

Nach längerer Debatte ging die Vorlage an den Ausschuh für landwirtschaftliche Siedlung.

Es folgt die wiederholte namentliche Abstimmung über die Landgemeindevorlage. Rechte und Kommunisten lehnen ihre Obstruktion fort und geben keine Karten ab. Von den drei Regierungsparteien werden 202 Stimmkarten für die Vorlage abgegeben, das Haus ist wieder beschlufunfähig.

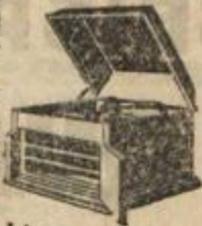


## Sprechapparate

Koffernapparate von 26 M an.  
Schatullen von 55 M an.

Schrankapparate von 112,50 M an.

Bei überlegener Qualität unerreicht billig. Unübertreffliche Klangschönheit infolge moderner Metalltonführung. Gediegene Ausstattung. Bequeme Teilzahlung bei geringem Aufschlag. Schallplatten in reichster Auswahl.



Mifa Qualitäts-Nähmaschine

135 - 170 - 207 Mark Kassapreis usw.

### MIFA-FABRIK-VERKAUFSSTELLEN

Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1; NW 21, Turmstr. 3 (gegenüber vom Kriminalgericht); N 54, Schönhauser Allee 177; O 34, Peterburger Straße 8; SW 61, Belle-Alliance-Str. 6; SW 68, Alexandrinenstr. 15; Charlottenburg, Tanzogenstr. 17; Kaiserin-Augusta-Allee 44; Friedenau, Cranachstr. 57; Bin-Langwitz, Kaiser-Wilhelm-Straße 89; Neukölln, Friedenstr. 27; Pankow, Schloßstraße 18; Potsdam, Berliner Str. 1; Schönberg, Barbarossastr. 42; Spandau, Potsdamer Str. 12; Tegel, Berliner Str. 15; Bin-Tempelhof, Berliner Str. 62.

# Herren-Winter-Mäntel

Qualitätsware zu sehr billigen Preisen — das Bild der von mir zum Verkauf gebrachten Waren. Elegante Ulster mit und ohne Gurt, neue schicke Fassons, in besonders guter Ausstattung. Winter-Paletots in Schwarz u. Marango auf eleg. Abfütterung. Rock-Paletots in hervorrag. Sitz.

## WINTER-ULSTER

M. 44.- 59.- 68.- 78.- und höher

## WINTER-PALETOTS

M. 38.- 54.- 69.- 84.- und höher

## ROCK-PALETOTS

M. 54.- 72.- 84.- 89.- und höher

## JUNGLINGS-ULSTER

M. 24.- 29.- 34.- 42.- und höher

# Oswin Koutzky, Oranienstr. 166

zwischen Adalbertstraße und Oranienplatz — Hochbahn Kottbuser Tor

## Kurze und kürzeste Wellen.

Von Dipl.-Ing. Dr. Hamm.

Als vor vier Jahren der Rundfunk in Gang kam, galten die damals meist verwendeten Wellen von 300 bis 500 Meter schon als kurz, diejenigen von 200 bis 300 Meter als sehr kurz. Die damalige Praxis stand ihnen teilweise ablehnend gegenüber, weil der Empfang Schwierigkeiten machte. Diese sind durch die rasche Entwicklung der letzten Jahre beseitigt worden. Forschung und Praxis haben das Wellengebiet außerordentlich erweitert. Auf dem Bereich von 10 bis 100 Meter gibt es schon eine ganze Anzahl regelmäßig arbeitender Sender, und tatsächlich spielt sich bereits heute der größte Teil des Telekommunikationsverkehrs auf diesen kurzen Wellen ab. Die manchmal erstaunlichen Reichweiten, die hier mit geradezu lächerlich geringen Energien erzielt werden, sind noch nicht restlos aufgeklärt worden. Die Theorien entsprechen nicht immer der Wirklichkeit. Auch wird die Kurzwellenpraxis zum Teil von irrigen Vorstellungen oder geradezu Vorurteilen beeinflusst. So galt es als feststehende Tatsache, daß ein Kurzwellensender auf 1000 Kilometer im Umkreis nicht zu hören sei und erst darüber hinaus vernnehmbar wäre. Bei der diesjährigen Physikertagung in Riffingen hatte nun die Luftfahrtversuchsanstalt in Adlershof ein Flugzeug entwandt, das während seiner ganzen Fahrt und auch noch nach der Landung in Riffingen auf Welle 45 Meter mit Adlershof in Verbindung stand. Die Welle 45 Meter galt bisher als ausgesprochene Nachwelle, die bei Tage keine Reichweite hatte. Das Flugzeug blieb aber die ganze Zeit in Verbindung mit dem Sender, von einer Zone des Schweigens wurde nichts bemerkt, und die Welle 45 Meter erwies sich als eine durchaus brauchbare Tageswelle, dabei wurde zum Senden lediglich eine kleine Empfängeröhre benutzt, die also eine Schwingungsenergie von wahrscheinlich noch nicht einem Watt lieferte, und der Empfänger des Flugzeuges bestand lediglich aus Audion mit Rückkopplung und dreifachem Widerstandsverstärker. Diese verschwindend geringe Sendeleistung und die Einfachheit der Empfangsapparatur lassen die Frage aufkommen, weshalb man denn nicht Rundfunk auf so kurzen Wellen gibt. Unsere Rundfunkstationen arbeiten mit 4 bis 25 Kilowatt Sendeleistung, und trotzdem braucht man, um sie in der Ferne zu empfangen, einen komplizierten Empfänger mit mehreren Stufen Hochfrequenzverstärkung. Wahrscheinlich wird man auch wohl eines Tages dazu übergehen müssen, den Rundfunk auf die kurzen Wellen zu verlegen, wozu die steigende Sendernot zwingt. Während in Europa jetzt etwa 100 Sender arbeiten und sich gegenseitig zum Teil arg bedrängen, hätten bei doppelseitigem Abstand, als er jetzt vorgefunden ist, zwischen 10 und 20 Meter Wellenlänge allein 500 Sender Platz. Leider sind die Verhältnisse noch nicht so geklärt, daß man zum Kurzwellenrundfunk ohne weiteres übergehen könnte. Wer sich mit Kurzwellenforschung beschäftigt, der entdeckt immer eine Unmasse von Oberwellen deutscher und ausländischer, ja sogar amerikanischer Rundfunkstationen, die also sehr geringe Bänder haben. Zu vernehmen sind diese Wellen aber fast nur bei Tage, bei Nacht verschwinden sie bis auf wenige. Das ist für die Praxis ein undurchsichtiges Verhältnis, denn Rundfunk wird im wesentlichen abends und nachts gegeben. Hier ist also noch viel Forschungsarbeit notwendig. Die Wiederaufnahme des Kurzwellenrundfunks, der von Königswusterhausen eine Zeitlang versuchsweise gegeben wurde, würde zur Klärung viel beitragen. Die früher verwendete Welle von 100 Meter ist allerdings viel zu lang.

Die Wellen von weniger als 10 Meter haben im wesentlichen für die Telegraphie Interesse, und zwar deshalb, weil es in diesem Bereich leicht möglich ist, eine wirksame Spiegelferrichtung anzubringen. Dazu sind nur Drähte nötig, die genau auf die Wellenlänge abgestimmt sind und in Form eines Paraboloids aufgehängt werden. Wellen unter 1 Meter Länge — es sind schon Wellen von weniger als 20 Zentimeter hergestellt worden — haben zurzeit nur ein physikalisches Interesse. Sie werden aber voraussichtlich in der

Medizin wertvolle Dienste leisten. Brauchbare Empfänger für so kurze Wellen konnten bisher noch nicht konstruiert werden. Wertwürdigerweise mußte man zur Erzeugung dieser Wellen wieder auf die alte Funkenstrecke zurückgreifen, die von Heinrich Hertz bei seinen klassischen Versuchen verwendet wurde. Die Ursache war, daß es mit Röhren nicht gelang, größere Schwingungsenergien als 1 Watt zu erzeugen, während die Funkenstrecke Energien bis zu 70 Watt lieferte. Bei medizinischer Verwendung ist aber natürlich eine größere Energie nötig, da von deren Ausmaß die Wärmewirkung unmittelbar abhängt, und diese wohl die entscheidende Rolle spielt. Für Telegraphie würde man vielleicht mit der von Röhren gelieferten Energie auskommen. Dieses Wiederaufleben der schon so geglaubten Funkenstrecke ist eine merkwürdige Bestätigung des Dichterswortes „Alles wiederholt sich nur im Leben!“. Uebrigens war die dabei verwendete Funkenstrecke stark modernisiert. Während Hertz nur sehr geringe Funkenzahlen erzeugen konnte, vielleicht einige hundert in der Sekunde, konnten mit diesen modernen Funkenstrecken mehrere 100.000 Funken sekundlich erzeugt werden; daher rührt auch die große Energiesteigerung.

Die Weiterentwicklung der Wellenlänge nach unten hin dürfte übrigens noch allerhand physikalische Probleme aufwerfen. Wenn man bis auf Wellen von unter einem Millimeter kommt, die also schon den Wärmewellen gleichen, muß sich zeigen, ob alle diese Wellen, wie es die Theorie lehrt, wirklich ein und dieselben sind. Bis hierher muß man noch recht große Unterschiede beispielsweise zwischen kürzesten elektrischen Wellen und Wärme- oder Lichtwellen konstatieren. Die kürzesten elektrischen Wellen sind enorm kapazitätsempfindlich, während bei Lichtwellen davon nicht das geringste zu spüren ist. Auch im Verhalten gegenüber metallischen Oberflächen verhalten sie sich so grundverschieden, daß es dem gewöhnlichen Denken schwer fällt, an eine Einheit zu glauben. Voraussichtlich werden uns aber die nächsten Jahre die Klärung dieser und anderer Fragen bringen.

## Mit 50 Pf. in der Tasche durch Berlin.

Von Erich Griser.

Der „Uhu“ hat ein interessantes Experiment gemacht. Er gab einem jungen Reporter den Auftrag, sich mit 50 Pf. in der Tasche einen Tag in Berlin aufzuhalten und das Leben eines Arbeitslosen zu führen. Der Versuch gelang. Und nun erzählt der junge Reporter im „Uhu“ seine Ergebnisse als mittellosester Tramp.

Es sind allseitige Ergebnisse, die ihre Farbe nur durch die Person dessen erhalten, der sie erlebte. Der „Uhu“-Mann hat Streichhölzer verkauft, aber er ist kein einziges Bäckchen los geworfen. Streichhölzer sind nur das Aushängeschild des Bettlers, sagt er darum. Er hat Droschkentüren geöffnet und von den austretenden guten Trinkgelber bekommen, er hat auch Max Ballenberg getroffen und von ihm unter der Firma eines erwerbslosen Schauspielers eine Nacht bekommen. Er hat schließlich im Tiergarten geschlafen und als die vier Tage herum waren, kam er zu dem Schluss, daß die schlimmste Not und das größte Elend den Armen nicht erreichen, daß also in dieser besten aller Welten selbst ohne Arbeit niemand verhungern muß, wenn er nicht krank wird.

Nun wird man ja bei solchen Leben sehr schnell krank. Und dann noch eins. Mir scheint, der „Uhu“-Mann hat nicht ganz ehrlich gespielt. Er hat, wie er zugibt, gebettelt. Darauf steht Haft und im Wiederholungsfalle Arbeitshaus. Von hier aber geht die Kurve steil nach unten zum Gefängnis und von da ins Judthaus. Freilich in vier Tagen, an deren Ende die Feilschöpfe eines guten Honorars flehlich dasten, sinkt niemand so tief, aber wer die Remoiten Domelas gelesen, weiß, daß es nicht immer viel länger dauert.

Doch wie weit wäre der „Uhu“-Mann selbst in diesen vier Tagen gekommen, wenn er den Versuch gemacht hätte, keinen von all denen, die ihm ein Häuflein Pfennig oder einen Groschen gaben, eher loszulassen, bis er auch die angebotene Streichholzschachtel mitnahm?

Daß er sich Ballenberg als stellenloser Schauspieler vorstellte, war bereits offener Betrug. Und Betrug führt den Armen meist

dahin, wo es für ihn keinen Ausweg mehr in die Welt der Satten und Ehrlichen gibt.

Wir wollen nicht moralisch sein; denn das steht uns nicht, aber es wäre so interessant gewesen, wenn der „Uhu“-Mann wirklich den Versuch gemacht hätte, ohne eines der vielen Gesetze, die die bürgerliche Gesellschaft wie Drahterhane zwischen sich und der Zubringlichkeit der Armen errichtet hat, zu übertreten, sich vier Tage durch die Reichstadt Berlin durchzuschlagen. Ob dann sein Bericht nicht ein einziger Schrei nach ausreichender Unterstützung all derer geworden wäre, die ohne eigenes Verschulden ohne Erwerb sind?

Oder wenn vier Tage nicht ausreichten, um zu dieser Ueberzeugung zu kommen, wie wäre es, wenn der „Uhu“-Mann nicht vier Tage mit 50 Pfennig, sondern vier Wochen oder Monate oder gar ein ganzes Leben mit dem durchschnittlichen Lohn eines Arbeiters auszukommen versucht hätte? Welche Schlüsse hätte er dann wohl aus seinem Erlebnis gezogen?

Aber dann wäre sein Bericht wohl als maßlose Hege eines Unverantwortlichen bezeichnet worden von all denen, die jetzt mit Behagen lesen, daß tatsächlich niemand verhungern muß in der großen Stadt Berlin, wenn er sich nur rührt und die den Fäden dahin weiterführen, daß man also demnach ohne Gewissensbisse die Unterstützungslage der Erwerbslosen herabsetzen oder gar abbauen kann.

Der „Uhu“ hätte die Horrierung einer solchen Arbeit wohl auch abgelehnt, denn er wollte ja ein interessantes Abenteuer bringen und keine physiologische Abhandlung. Die allenfalls in den Blättern der Arbeiter am Platz sind. Vielleicht auch glaubte man so etwas wie Freundschaft gegen den Armen zu bezeugen dadurch, daß man sich mit seinem Mißgeschick beschäftigte, ohne daß man ihm gerade helfen wollte oder konnte.

Den Proletarier freilich, der solche Freundschaftsbeweise vor die Augen bekommt, eckelt es an, wenn er sieht, wie einer, der mal von oben in sein Elend schaut, ihm lehren will, den Lebenskampf zu bestehen. Er weiß, daß all diese Qualschwähre ihm nichts nützt, weiß, daß ihm in dieser Welt nichts helfen kann als der unentwegte Kampf gegen die, die schuldig sind an seiner Not, und daß er diesen Kampf auch führen muß gegen diese Art von Freunden, die mit all ihrer Freundschaft nichts erreichen, als das Publikum von den großen, den wichtigen Fragen des sozialen Lebens abzuziehen, deren Lösung für den Armen wichtiger ist, als der Nachweis, daß man mit 50 Pf. in der Tasche vier Tage durch Berlin kommen kann; denn den hat er längst geführt.

**Korallenriffe in der Nordsee.** Wer vermutet in der Nordsee Korallenriffe? Und doch gibt es dort welche, wenn auch freilich keine Riffbauten wie in der Südsee, sondern „Sandkorallenriffe“. Nach gründlichen Untersuchungen von Prof. Richter, über die R. Hundt in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ berichtet, gibt es am Süderplapp bei Büsum stellenweise, dunkelgraue Inseln, die aus einem fest zusammenhängendem Sand bestehen. Sie sehen aus wie ein „Stoppelfeld mit vermaachten Halmröhren“, und in jeder Röhre lebt ein „Sandröhrenwurm“, ein feuerroter Faden, dessen Kopfsäule dedelartig die Röhrenenden der Röhren vorstülpt. Die Röhren sind nicht wie bei den Korallen aus Kalk, sondern aus Sand fest zusammengeklittet. Gleichzeitig mit der Röhrenbildung fangen die Würmer mit ihren Fühlern Sand auf, den sie mit einem eigenen, schnell erhärtenden Schleim verkleben. Die Helgoländer nennen die Bauten des Sandröhrenwurms „Gumpwürmer“. Gewöhnlich sind es nur Geseckte, aber gerade im Brandungsgebiet stehen die Röhren der „Sandkorallen“ wie Dergelpeilen beieinander, und dann eusschießen diese merkwürdigen Inseln. Man hat solche festesten Sandkorallenriffe auch in der Eifel festgestellt, wo schon vor Hunderten von Millionen Jahren Sandröhrenwürmer ihre seltsamen Bauten aufgeführt haben.

**Analphabetenzunahme in Frankreich.** Nach einem Bericht des Statistikers Bouillour Lalant hat die Zahl der Leute, die nicht lesen und schreiben können, seit dem Kriege in Frankreich bedeutend zugenommen. So war zum Beispiel der Prozentsatz der Analphabeten in Antens vor dem Kriege 4 Proz. und ist 1926 auf 10 Proz. gestiegen; in Rennes betrug er 1912 1,5 Proz., 1926 7 Proz., in Bordeaux 3,5 Proz. und 1926 7 Proz., in Le Mans vor dem Kriege 2,5 Proz., heute 8,5 Proz., in Rouen 1912 3,5 Proz., 1926 11 Proz. Der Schulbesuch ist durch die dringenden Arbeiten nach dem Kriege immer mehr vernachlässigt worden und soll jetzt wieder strenger durchgeführt werden.

## Die Hand.

Von Hermann Stenz.

Es war im Frühling 1918. Die Schlacht bei Cambrai konnte als zu Ende gekämpft gelten. Dessen Ueberdauern an Truppen, der nach jeder großen Schlacht, die an einem unbesiegbaren Hindernis branden mußte, zurückzuführen, staut sich in gewissen Abständen von den neugezogenen Stellungen. Dicht gepfercht lagen die Soldaten in Häusern und Scheunen, in notdürftig gestickten Ruinen. Der große Spielerszufall hatte uns in einem merkwürdigen Quartier bunt zusammengewürfelt; denn der Raum, in dem wir beisammen waren, dürfte vor dem Kriege wohl das Ankleidzimmer einer vornehmen Dame gewesen sein. Holzgetäfelte Wände, die hell gestrichen, und deren Besten vergolbet waren, goldgezierter Stuck an der Decke, ein Marmorkamin, über dem in einem trausen Rotatorahmen noch einige Spiegelscherben hingen, an allen Seiten des Raumes jene von Soldaten aus rohen Brettern gezimmerten, und mit Holzwohle gefüllten Kisten, in denen alle paar Tage ein anderer Soldat lag. Die Waffen und die Ausrüstungsgegenstände waren in zwei tiefen Wandnischen untergebracht. Auf lehnlosen Stühlen saßen wir um einen Tisch, den man ebenso großschalig wie die übrige Einrichtung aus rissigen Brettern zurechtgemogelt hatte.

Es war bereits fast dämmerig im Raum, und wir vernahmen es, Licht zu machen, zufrieden damit, daß die Dunkelheit unsere Uniformen dem Auge verdeckte. Doch standen wir alle sechs so sehr im Banne des Krieges, unter der Gewalt schwerer Erlebnisse, unter dem dumpfen Willen der Nerven sich zu entspannen, daß wir unseren Gesprächsstoff, wie in einem Zaubertreife laufend, nur dem Besprechen der letzten Monate entnehmen konnten. So sehr erfüllte es unser ganzes Sein. Wir hatten das, was nicht hinter uns lag und sprachen zwangsläufig doch von nichts anderem. Der badische Landwehrunteroffizier liete eine frische Pfeife in Brand. Im flackernden Lichte des Streichholzes schnitten sich seine in über fünfzig Schlachten und Gefechten kantiig gewordenen Züge aus dem Halbdunkel. Die Willensfalten um Rosenwinkel und Mund schienen wie tief schwarze Striche. Er sprach von seinen Erlebnissen in einem Frontabschnitt vor Verdun und erzählte nach kurzer Pause weiter:

„Wollten wir damals zur Ablösung nach vorn in den Graben, dann mußten wir eine ganz bestimmte Strecke schnell durchlaufen. Denn sie konnte vom Feinde eingesehen werden. Es war unmög-

lich, dort bei Tage zu passieren. Man wäre von einem Feuerhagel überschüttet worden. Des Nachts spielten die Scheinwerfer vom Fort herüber, oder es schwirren französische Leuchtflugeln auf, die sich mit Hilfe kleinerer Leuchtflugeln lange schwebend hochhielten und jede Geländefalte, in welche das Licht der Scheinwerfer nicht einzudringen vermochte, grell erhellten. So rannten wir also im Zwielichte des Morgens, wenn das künstliche Licht keine Wirkung mehr hatte, und wenn es für gerauceres Sehen noch zu grau war, über den Platz. Viele sind dabei mehr gestolzen als gelaufen. Kom es doch oft vor, daß wir tropfen vom Franzmann bemerkt und während desessen wurden. Nicht zu selten mußte man sich dann in den sprichenden Schamm irgend eines Granatloches werfen und eine Zeitlang reglos liegen bleiben. Ihr könnt mir glauben, daß an jener Stelle weder Baum noch Strauch mehr stand. Sie waren wie wegrasert. Jeden einigermaßen über dem Boden befindlichen Gegenstand konnte man leicht bemerken.

Dort sah ich die Hand eines Morgens zum erstenmal. Ungefähr in der Mitte des von uns laufend zu durchquerenden Geländes geschah es. Die Feinde waren an jenem Tage unserer vorgehenden Gruppen ansichtig geworden und schossen mit Schrapnell herüber. Sofort lagen wir. Ich warf mich, wo ich ging und stand, knirschend in den Dreck. Nach einiger Zeit hob ich vorsichtig den Kopf, um nach meinen Kameraden auszufragen. Da war die Hand einige Meter vor mir. Sie gehörte unzweifelhaft einem Berschüttelten und ragte heinde vom Ellenbogen ab fentrecht aus der Erde. Mit etwas zurückgebogenem Handgelenk und traßenartig gekrümmten Fingern, welche trampfhaft nach etwas Unsichtbarem zu haken schienen. Diese Geste besaß etwas Ungeheuerliches, Erschütterndes, und das Entsetzen zog einen unsichtbaren Kreis um sie. Doch blieb mir nicht lange Zeit. Wir rannten nach wenigen Minuten wieder vorwärts.

Bei der nächsten Ablösung machten wir wieder einen langen Sprung. Mitteln im Rennen hielt ich plötzlich ein. Ich stand wieder vor ihr, prallte an der Gewalttätigkeit ihres Ausdrucks einen Augenblick erschrocken zurück und rannte dann um mein armes Leben weiter. Und beim Vorgehen zur Ablösung sah ich sie beinahe jedesmal wieder. Es war wie verflucht. Auch andere Kameraden stehen auf die Hand. Sie wurde bald allgemeines Gespräch. Einige der Raberen suchten sie mit quälenden Bedenarten abzutun. Doch sprachen auch sie darüber. Doch dieses geschah, bewies den starken Eindruck, der auch in ihren abgestumpften Gehirnen seine Spur hinterlassen hatte. Jeder suchte einen Bogen um ihre Drehung zu machen, und doch waren aller Blicke auf sie gerichtet, wenn wir dort vorbeisürrten oder aber Deckung suchen mußten. Einer der Kameraden nahm vom Waldbauer einen Lappen

mit und warf denselben im Vorbeilaufen über die Hand, damit sie verdeckt werde. Nun sah man sie erst recht. Beim geringsten Luftzuge gläubte man, sie lebe und schwenke jenen elenden, allmählich von Kugeln durchlöcherten Zeugnis uns zum Hohne oder zur Drohung. Bis eines Tages auch jenes Zeugnis vom Winde abgeweht war und die grauen skelettarigen Krallen wieder blank und bloß in die Luft zu greifen und zu haken schienen.

Wir selber war die Hand wie ein Verhängnis. An jedem Ablösungsmorgen kam ich dicht bei ihr vorüber. Ich mochte wollen oder nicht; denn sie lag an meinem Wege. Von diesem abweichen, blieb das Leben noch mehr gefährdet. Einmal machte ich trotzdem einen Bogen, um ihrem Anblicke zu entgehen. Im Zwielicht des Morgens kam ich dann zu weit von meiner Gruppe ab, suchte mich dann zu verbessern und stand trotzdem jäh wieder vor ihr. So fügte ich mich denn in das Unabänderliche.

Es kam Schnee. Die Hand starrte schwarz hervor und drohte wie über einem Leichentuche. Der Schnee schmolz und dann gefror die Erde wieder steinhart. Der Boden klang im Springen unter unseren Füßen. Immer und immer starrte mich die Hand an wie ein grauenerregendes lebendiges Wesen, wie etwas heimtückisch Zuschlagbereites. Sie drohte mir bis in meine Träume hinein. Die Kerven waren dort vorne ohnedies bis zum Reiften gespannt. Ich hatte keine Ruhe mehr vor ihr und ertappte mich darüber, daß ich sogar am hellen Tage, im Graben an sie dachte. Sie quälte und tyrannisierte meine Nerven auch in der Ruhe. In den unmöglichsten, eingebildeten Zusammenhängen sah ich sie zuletzt vor Augen. Man leidet unter so etwas mehr, als unter den entsetzlichen Geschehnissen der Schlacht, welche doch einmal ein Ende nehmen!

Es war mittlerweile sehr dunkel im Zimmer geworden. Der Unteroffizier schwieg und griff nach der auf dem Tische liegenden Streichholzdose; denn seine Pfeife war während des Erzählens erloschen.

„Und dann, was geschah weiter mit der Hand?“ fragte mit belegter Stimme ein junger Grenadier.

„Darin“ sprach der Unteroffizier langsam, und seine Stimme klang ebenfalls heiser, „dann bin ich eines Nachts, bei entsetzlicher Kälte, aus dem Graben nach rückwärts hinausgeschlichen und habe sie mit dem Säbel abgehauen. Sie broch wie Glas entzwei!“

Mich durchschauerte es und keiner sprach mehr ein Wort. Der Unteroffizier entzündete ein Streichholz und setzte die Pfeife in Brand. Im flackernden Lichte sah man sein Gesicht farblos wie immer. Aber mir schien es, als wenn seine Stirne feucht glänze und seine Hände unsicher seien.

Ich kann mich aber auch getäuscht haben!



Parteinarichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind... 7. Kreis Charlottenburg und Spandau...

Heute, Sonnabend, 3. Dezember:

- 13. Abt. 20 Uhr Winterfest in der 'Alten Taverna'... 14. Abt. Die Genossen werden gebeten...

Morgen, Sonntag, 4. Dezember:

67. Abt. 10 Uhr Familienfeier bei Krause...

Sterbeliste der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. Abt. Friedenau. Unter langjähriger Genossin Mag. Böh...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Heute, Sonnabend, 3. Dezember, 19 1/2 Uhr:

Tempelhof: Beim Germaniastr. 43. Jüngerenabteilung...

Morgen, Sonntag, 4. Dezember:

7. Abt. 1. Jahrg. Treffpunkt 7 Uhr... 14. Abt. 1. Jahrg. Treffpunkt 7 1/2 Uhr...

Arbeiter Sport

Der neue Bundesfilm in Berlin. Die Vorführung des neuesten Bundesfilms erfolgt...

Briefkasten der Redaktion

Et. 41. 1. u. 2. Wir verweisen auf die Morgenausgabe...

Funkwinkel

Endlich wieder einmal ein großes Orchesterkonzert nach allen möglichen Ausfüllen in Gebiete, die für den Rundfunk nicht immer geeignet sind...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schallstraße 57/58... 2. Dezember, Dienstag: 20 Uhr Winterfest...

Das Ober-Wass-Quartier

Das Ober-Wass-Quartier veranstaltet Sonnabend, 3. Dezember, 20 Uhr in den Räumen des Restaurants...

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend

(Nachtr. verb.) Fortbestand der trockenen Witterung mit mäßigen bis heftigen östlichen Winden...

Gorgfältig vorbereitet bringt der große Weihnachtsverkauf...

Das Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold' veranstaltet am Sonntag, 4. Dezember, 10 Uhr im Reichsbannerhaus...

Unsere WEIHNACHTS-PACKUNGEN



Sollen dem Geber die Freude machen, etwas Schönes zu schenken, dem Empfänger aber soll die Ausstattung andeuten...

- Die Packungen enthalten: 1. 100 Ravenklau... Mk. 6.- 2. 50 Löwenbrück... 25 Guldenring mit Mundstück... 25 Guldenring ohne Mundstück... = 100 Zigaretten... Mk. 9.-

HAUS NEUERBURG O. H. G.

